



# KOMMUNALWAHL 2021



## Positionen der IHK Stade



Industrie- und Handelskammer  
Stade für den Elbe-Weser-Raum

#GemeinsamGleichwertig



**Cuxhaven**

**Stade**

**Osterholz-Scharmbeck**

**Rotenburg**

**Verden**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>3</b>
<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>1 Neustart nach Corona beherzt angehen</b>	<b>6</b>
<b>2 Fach- und Führungskräfte sichern, Arbeitsmarktpotenziale ausschöpfen</b>	<b>12</b>
<b>3 Duale Ausbildung stärken, digitale Bildung voranbringen</b>	<b>18</b>
<b>4 Digitalisierung vorantreiben, Breitbandversorgung ausbauen</b>	<b>24</b>
<b>5 Infrastruktur ausbauen, Platz für Wirtschaft schaffen</b>	<b>30</b>
<b>6 Innenstädte stärken, Nutzungsvielfalt bewahren</b>	<b>36</b>
<b>7 Bürokratieabbau vorantreiben, Start-up-Kultur fördern</b>	<b>44</b>
<b>8 Kommunal финанzen solide aufstellen, Steuererhöhungen vermeiden</b>	<b>50</b>
<b>Unsere Forderungen auf einem Blick</b>	<b>56</b>
<b>Impressum</b>	<b>58</b>

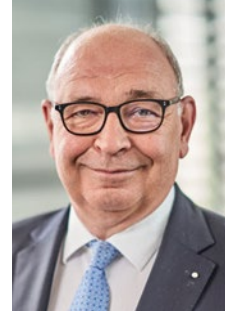




# POSITIONEN ZUR KOMMUNALWAHL 2021



Matthias Kohlmann,  
Präsident der IHK Stade



Holger Bartsch,  
Hauptgeschäftsführer der IHK Stade

## Vorwort

Am 12. September 2021 findet die Kommunalwahl in Niedersachsen statt. Die neuen kommunalen Vertretungen stehen vor großen Herausforderungen. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie wurden die Defizite in der Digitalisierung aufgezeigt. Hinzu kommt, dass fehlende Fachkräfte und Gewerbeflächen, bürokratische Belastungen sowie sanierungs- und ausbaubedürftige Verkehrswege wirtschaftliche Tätigkeiten im Elbe-Weser-Raum erschweren.

Die Höhe der Gewerbesteuerhebesätze, Investitionen in digitale und analoge Infrastruktur oder die Standortattraktivität sowie die Bildungsmöglichkeiten vor Ort – all dies sind Faktoren, die die Kommunen beeinflussen können und auch müssen. Denn sie haben weitreichende Folgen für das Wohlergehen unserer Region. Entschlossenes Handeln der politischen Akteure ist gefragt.

Gesucht sind deshalb zukunftsweisende Lösungen, die für eine weiterhin positive Entwicklung der Wirtschaft im Elbe-Weser-Raum sorgen. Das vorliegende Papier „Kommunalpolitische Positionen“ der Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum greift diese und weitere Themen auf und leitet Handlungsempfehlungen aus Sicht der Wirtschaft ab. Es ist eine Diskussionsgrundlage für die Kommunalwahl und gleichzeitig ein Orientierungsrahmen für die politische Arbeit der nächsten Wahlperiode.





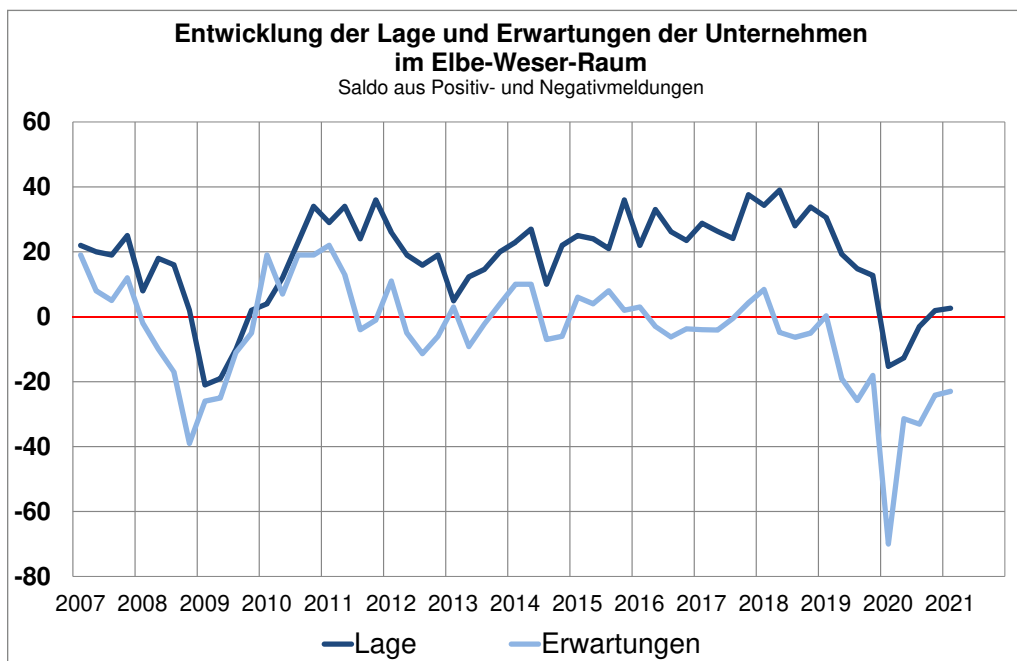
# NEUSTART NACH CORONA

1

# Neustart nach Corona beherzt angehen

Deutschland erlebt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie eine der größten Wirtschaftskrisen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Der IHK-Konjunkturklimaindex ist zwischenzeitlich auf einen historischen Tiefstwert gesunken. Die damit verbundenen Wohlfahrtsverluste stellen sowohl die Unternehmen (s. Abbildung) und ihre Beschäftigten als auch den Staat vor immense Herausforderungen.

Die Bundes- und Landesregierung haben in nie da gewesener Form Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft „am Laufen“ zu halten. Auch auf kommunaler Ebene wurden die Betriebe vielfach durch unbürokratisches, schnelles und zielgerichtetes Handeln unterstützt. Zugleich wurde an der einen oder anderen Stelle auch Nachholbedarf – etwa im digitalen Bereich – deutlich.



## Wie es ist

### **Staatliches Engagement durch Corona ausgeweitet**

Um die Corona-Pandemie einzudämmen, haben staatliche Akteure das öffentliche und wirtschaftliche Leben stark eingeschränkt, etwa durch Kontaktbeschränkungen, angeordnete Betriebs- und Grenzsicherungen. Gleichzeitig haben Bund, Länder und Kommunen umfangreiche Hilfsmaßnahmen beschlossen, um die negativen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leben abzufedern. Während staatliche Maßnahmen in einer extremen Krise wie der Corona-Pandemie notwendig sind, können sie auch unerwünschte Marktverzerrungen auf lokaler Ebene oder weniger Innovationen auslösen, die erst später sichtbar werden.

### **Öffentliche Haushalte sind stark belastet**

Die öffentlichen Haushalte werden durch die Corona-Krise stark belastet. Auf der Ausgabe Seite sorgen etwa Coronahilfen, Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie Konjunkturprogramme für neue Ausgabenrekorde. Auf der Einnahmeseite ist in den kommenden Monaten und Jahren mit einem deutlichen Rückgang der Steuereinnahmen zu rechnen. In der Folge dürften Rücklagen aufgelöst werden und die Kreditaufnahme steigen.

### **Digitalisierung wurde durch Corona-Krise beschleunigt**

Digitale Werkzeuge haben vielfach dazu beigetragen, den Geschäftsbetrieb während der Pandemie in den Kommunen zu gewährleisten. Viele Verwaltungen haben – ebenso wie Unternehmen – Arbeits- und Geschäftsprozesse digitalisiert, Homeoffice und Videokonferenzen genutzt und neue Arbeitszeitmodelle erprobt. Dennoch hat die Krisensituation auch gezeigt, dass in vielen Bereichen – etwa im Gesundheitswesen oder in Schulen und Bildungseinrichtungen – noch digitaler Nachholbedarf besteht. In einer Umfrage vom DStGB (Deutscher Städte- und Gemeindebund) und Bitkom aus dem Oktober 2020 gaben 29 Prozent der Kommunen an, dass sie sich als Vorreiter bei der Digitalisierung sehen. Mehr als doppelt so viele, insgesamt 61 Prozent, schätzen sich jedoch als Nachzügler ein und sieben Prozent fürchten sogar, dass sie bereits den Anschluss verpasst haben.





## Was zu tun ist

### **Staatliches Engagement nach der Krise wieder zurückführen**

Umfangreiche Soforthilfe- und Überbrückungsmaßnahmen sind die richtigen Antworten in einer historisch einmaligen Ausnahmesituation wie der Corona-Pandemie. Die außergewöhnlichen Gefahren struktureller Schäden der Wirtschaft machen Interventionen notwendig. Zugleich sollten die Hilfen nach Überwindung der Krisenlage rasch wieder zurückgefahren werden. Denn grundsätzlich gilt auch auf der kommunalen Ebene das Primat des Marktes.

### **Kommunale Handlungsfähigkeit sichern**

Schon vor der Krise stand die Finanzierung der Kommunen unter erheblichem Druck. Dieser wird sich aufgrund geringerer Steuereinnahmen und trotz der Kompensationen der Krisenfolgen durch Bund und Land weiter verstärken. Daher gilt es, die Finanzierung der Kommunen zu sichern und langfristig auf gesunde Beine zu stellen. Angesichts der Tiefe der Krise bestehen auf der Einnahmenseite wenige Spielräume. Nicht zuletzt deshalb sollte eine neue Lastenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen erreicht und die Investitionsfähigkeit der Kommunen gewahrt bleiben. Eine Finanzierung über höhere Grund- oder Gewerbesteuersätze scheidet angesichts der Notlage des überwiegenden Teils der Unternehmen in der aktuellen Situation aus. Für die Haushaltskonsolidierung sollten die Kommunen zuerst die Ausgaben-seite kritisch in den Blick nehmen (s. Kapitel 8).

### **Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Innovationen verstärken**

Nur weil alle anderen Themen im vergangenen Jahr von der Pandemie überlagert wurden, sind sie nicht weniger wichtig. Auch die drohenden Steuerausfälle dürfen nicht dazu führen, dass dringend benötigte öffentliche Investitionen verschoben oder gekürzt werden. Auf allen Ebenen sind im Gegenteil zusätzliche Investitionen notwendig. Die Investitionsprogramme sollten so ausgerichtet sein, dass sie die wirtschaftliche Leistungskraft zukünftig stärken. Daher sollten Investitionen vorrangig in den Bereichen Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur sowie im Bildungs- und Gesundheitsbereich getätigt werden.

### **Corona-Hilfen für die Wirtschaft fortsetzen**

Auch nach Corona werden Unternehmen Unterstützung benötigen. Das gilt erst recht für Unternehmen aus stark belasteten Branchen wie der Gastronomie oder dem innerstädtischen Handel. Der Abbau von Bürokratie wäre dafür ein Konjunkturprogramm ohne staatliche Zusatzkosten. Auf kommunaler Ebene wären dazu etwa eine Erweiterung von Flächen der Außen-gastronomie oder zusätzlichen Verkaufsständen oder Steuerstundungen sinnvoll. Darüber hinaus können BID-Initiativen und Aktionen wie „Heimat shoppen“ die Zentren beleben.

## Das tut unsere IHK

- Wir informieren in unserem Corona-Newsletter über aktuelle Entwicklungen, beispielsweise zu neuen Allgemeinverfügungen oder Finanzhilfen.
- Wir haben unser Beratungsangebot ausgeweitet, insbesondere für Unternehmen in Krisensituationen.
- Wir haben weitere besonders beanspruchte Institutionen (personell) unterstützt, beispielsweise die NBank.
- Wir haben unsere digitalen Angebote ausgeweitet, beispielsweise im Prüfungswesen, bei Außenwirtschaftsdokumenten (elektronisches Ursprungszeugnis) und bei der Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen.





## Unsere Fragen an die Kommunalpolitiker

- Wie wollen Sie den Unternehmen konkret vor Ort helfen, damit diese nach Corona wieder Fahrt aufnehmen können?
- Welche Vorkehrungen wollen Sie implementieren, damit die Kommunen zukünftig besser für Krisensituationen gewappnet sind?
- Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um die Verwaltung zu modernisieren?
- Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Digitalisierung in den Verwaltungen vorangetrieben wird?
- Welche Lehren ziehen Sie aus der Corona-Krise mit Blick auf die Rolle des Staates für die Wirtschaft?



# ARBEITSMARKTPOTENZIALE AUSSCHÖPFEN

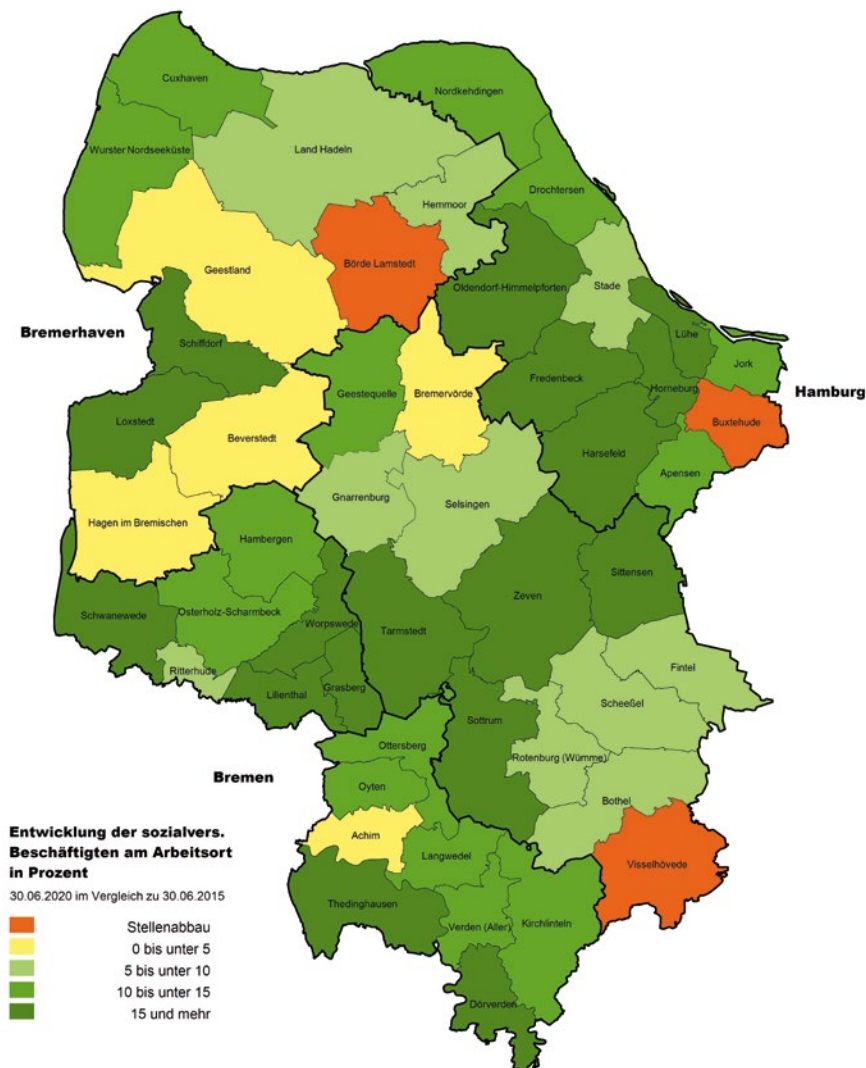
# 2



# Fach- und Führungskräfte sichern, Arbeitsmarktpotenziale ausschöpfen

Die erheblichen Beschäftigungsgewinne der vergangenen Jahre (s. Abbildung) sind mit einem zunehmendem Fachkräftemangel in den Betrieben einhergegangen. Dieser ist durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie etwas aus dem Fokus geraten. Sobald sich die Wirtschaft erholt, werden qualifizierte Fachkräfte wieder ein wesentlicher Engpass-Faktor für die Betriebe werden. Wichtigster Schlüssel zur Problem-

lösung ist die Stärkung der beruflichen Bildung (siehe Kapitel 3). Darüber hinaus sollten weitere Fachkräftepotenziale gehoben werden – beispielsweise durch die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit oder die Arbeitsmarktintegration von Migranten. Eine zunehmende Bedeutung hat auch das Standortmarketing, das gezielt zur Anwerbung von Fachkräften eingesetzt werden sollte.



## Wie es ist

### Der demografische Wandel gewinnt an Fahrt

Vor der Corona-Pandemie stieg die Zahl der Erwerbspersonen im Elbe-Weser-Raum kontinuierlich an. Zugleich wurde es für einzelne Unternehmen schwieriger, Fachkräfte für sich zu gewinnen. In den kommenden Jahren wird die Fachkräftelücke zunehmend größer werden, vor allem weil die „Baby-Boomer“ schrittweise aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

### Wettbewerb der Regionen um Fachkräfte wird intensiver

Bundes- und europaweit sind viele Regionen bereits jetzt mit Bevölkerungsrückgängen konfrontiert und versuchen, Fachkräfte für sich zu gewinnen. In diesem Wettbewerb um die „klugen Köpfe“ ist – neben guten Arbeitsbedingungen in den Unternehmen – auch ein attraktiver Lebens- und Arbeitsraum entscheidend. Der Elbe-Weser-Raum bietet bereits jetzt breit gefächerte Beschäftigungs- und Bildungsangebote, eine ausreichende medizinische Versorgung sowie eine große Auswahl von Wohn-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten.

### Fachkräftepotenziale sind nicht ausgeschöpft

Zur Deckung des Fachkräftebedarfs ist eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung notwendig. In den vergangenen Jahren konnte bereits eine positive Entwicklung, beispielsweise bei Älteren, Frauen und Migranten, verzeichnet werden. Dennoch gilt es mit Blick auf den demografischen Wandel, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um diese Potenziale noch besser auszuschöpfen.

### Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wichtiger Standortfaktor

Flexible Angebote zur Vereinbarkeit des Familien- und Berufslebens, auch von Pflege und Beruf, sind ein wichtiger Baustein, um die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. In den vergangenen Jahren konnten Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt werden. So hat sich im Elbe-Weser-Raum die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen in den vergangenen fünf Jahren um rund 40 Prozent erhöht. Trotz der positiven Entwicklung benötigen Arbeitnehmer und Unternehmen einen weiteren Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Für viele Arbeitnehmer ist zudem mangelnde Flexibilität in der Kinderbetreuung sowie bei den Pflegeangeboten ein Problem.



## Was zu tun ist

### **Standortattraktivität der Kommunen fördern und kommunizieren**

Im Wettbewerb um die besten Köpfe für Fach- und Führungspositionen kommt es auf eine hohe Standortattraktivität an. Die Kommunen im Elbe-Weser-Raum haben in dieser Hinsicht bereits viel zu bieten. Aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs sollten Gemeinden jedoch stetig an der Standortattraktivität arbeiten. Die Kommunen benötigen nicht nur ausreichend Flächen für Wirtschaft und Wohnen, sondern auch ein attraktives Umfeld aus Bildungs-, Freizeit- und medizinischen Versorgungseinrichtungen sowie Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, um Fachkräfte vor Ort zu halten und neue zu gewinnen. Gerade weiche Standortfaktoren, wie die Gesundheitsversorgung, spielen bei der Entscheidungsfindung der Fachkräfte eine wichtige Rolle und sollten deshalb ausreichend vorhanden sein. Der Flächendruck ist zwar auch im ländlichen Raum vorhanden, fällt aber im Vergleich zu vielen Ballungsräumen derzeit noch geringer aus. Mieten und Grundstückspreise sind tendenziell günstiger. Im Hinblick auf die Ansiedlung von Unternehmen und die Anwerbung von Fachkräften sollten die Standortvorteile aktiv beworben werden. Letztlich geht es darum, ein Image als lebenswerte Region aufzubauen sowie regional und überregional zu vermarkten. Gerade für die überregionale Wahrnehmung sind stadt- und landkreisübergreifende Aktivitäten empfehlenswert.

### **Wohnortnahe und bedarfsorientierte Beschulung und Kinderbetreuung sicherstellen**

Für allgemeinbildende Schulen und für die Kinderbetreuung gilt: ein bedarfsorientiertes Angebot ist wesentlicher Baustein für die Standortattraktivität. Viele Kommunen haben das Angebot an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige stark ausgebaut. Um den Anforderungen von Familien gerecht zu werden, müssen die Rahmenbedingungen auch in den kommenden Jahren weiter verbessert werden. Dazu gehören z.B. bedarfsgerechte Betreuungsangebote, flexiblere Kita-Öffnungszeiten – vor allem in Ferien und Randzeiten – sowie Betreuungsmöglichkeiten am Nachmittag und Freizeitangebote während der Schulferien. Darüber hinaus sollten die bürokratischen Hürden für Betriebe, die eine betriebliche Kindertagesstätte einrichten möchten, verringert werden.

### **Migranten in Ausbildung und Beschäftigung bringen**

Zur Sicherung der regionalen Fachkräftebasis müssen auch Potenziale „von außen“ – sowohl aus dem In- wie aus dem Ausland – erschlossen werden. Hierbei sollten die verschiedenen kommunalen Stellen wie Bürgerbüros, Ausländerbehörden oder die Wirtschaftsförderungen Hand in Hand arbeiten. Vor dem Hintergrund des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes sollten die Ausländerbehörden eine schnelle Bearbeitung der Anträge sicherstellen. Weiterhin sollten Migranten noch besser in Ausbildung und Beschäftigung integriert werden. Dazu ist eine verstärkte Förderung von frühzeitigen Qualifikationsfeststellungen, Integrations- und Sprachkursen notwendig. Zudem gilt es, eine kommunale Willkommenskultur zu etablieren.

→ *weiter Seite 16*

## Das tut unsere IHK

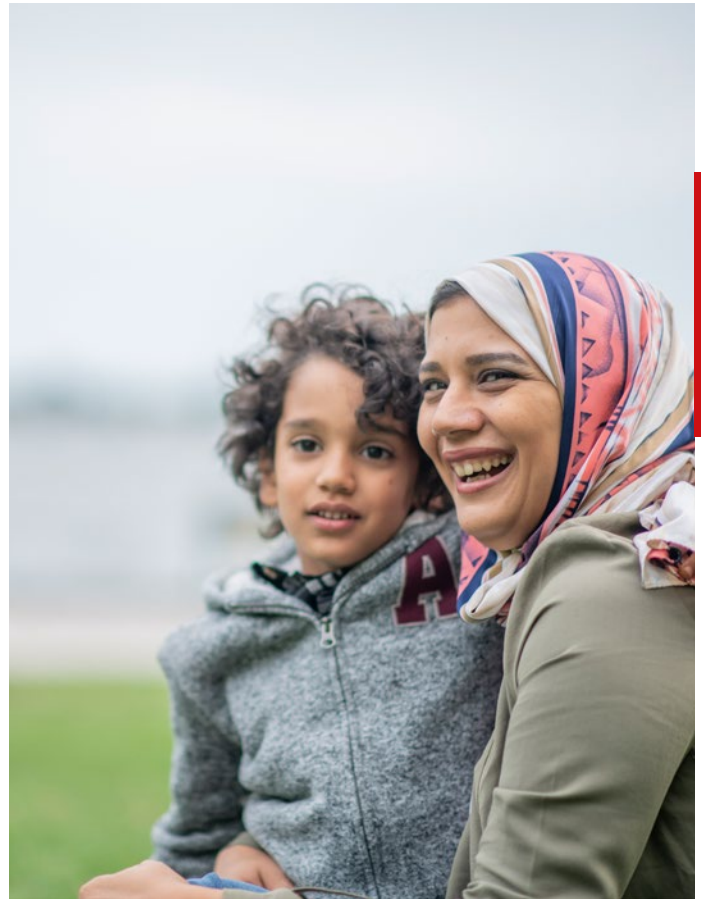
- Wir sind Partner der Fachkräfteinitiative Niedersachsen und arbeiten im Fachkräftebündnis Elbe-Weser mit.
- Wir befragen die Unternehmen regelmäßig zur Wichtigkeit und Zufriedenheit mit den regionalen Standortfaktoren und veröffentlichen die Ergebnisse.
- Wir betreiben selbst Standortmarketing und bewerben die Vorteile der Region.
- Wir helfen bei der Vernetzung der kommunalen Akteure untereinander und unterstützen beim Standortmarketing der Kommunen.
- Wir zeigen in unserer Veröffentlichung „Kommunen im Wettbewerb“ Best-Practice-Beispiele auf.

## Unsere Fragen an die Kommunalpolitiker

- Wie setzen Sie sich für die allgemeine Gesundheitsversorgung ein?
- Wie wollen Sie eine Willkommenskultur etablieren und fördern?
- Wie wollen Sie die Standortattraktivität Ihrer Gemeinde erhöhen?
- Wie wollen Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern?









# DUALE AUSBILDUNG STÄRKEN

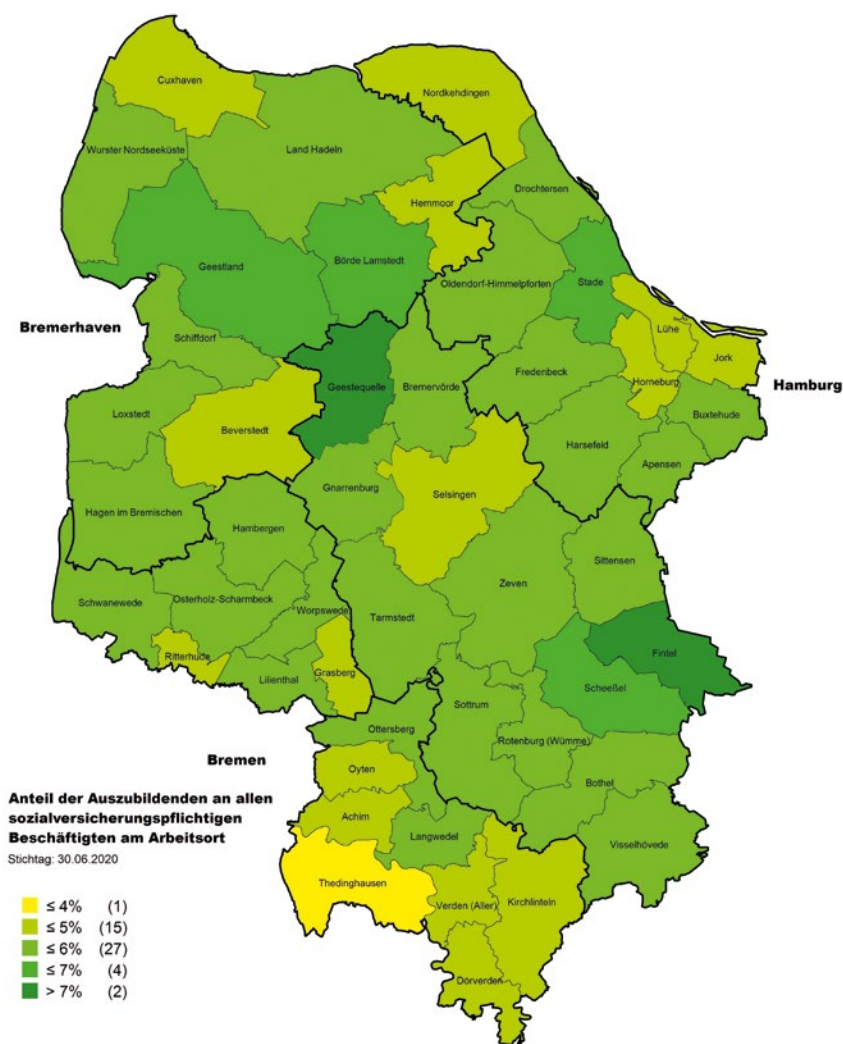
# 3



# Duale Ausbildung stärken, digitale Bildung voranbringen

Die duale Ausbildung trägt entscheidend zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bei und ist eine wesentliche Säule der Fachkräftesicherung. Sie muss deshalb attraktiv und leistungsstark bleiben. Zentral dabei ist das vertrauensvolle Zusammenspiel engagierter Ausbildungsunternehmen und der

beruflichen Schulen. Deshalb sind qualitativ überzeugende und wohnortnahe Präsenzangebote der Berufsschulen weiter wichtig. Es kommt aber gerade angesichts der Folgen der Pandemie jetzt auch darauf an, flächendeckend digitale Angebote an den Start zu bringen und dauerhaft umzusetzen.



atengrundlage: GfK GeoMarketing, LSN, eigene Bearbeitung

## Wie es ist

### Duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell

Für die niedersächsischen Betriebe sind Mitarbeiter mit einer dualen Ausbildung weiter wichtigstes Standbein bei der Fachkräftesicherung. Gleichzeitig sind niedersächsische Azubis in IHK-Berufen mit ihrer Ausbildung zufrieden. Sie vergeben in einer repräsentativen IHKN-Umfrage im November 2020 an Betriebe eine 2,3 und an Berufsschulen eine 2,7. 80 Prozent würden wieder eine Ausbildung machen. Nicht zuletzt ist die Jugendarbeitslosenquote 2020 mit 6,1 Prozent so gering wie in keinem anderen EU-Land.

### Bewerberzahlen gehen demografiebedingt zurück

Die Zahl der Schulabgänger an allgemeinbildenden Schulen ist bundesweit im letzten Jahrzehnt um mehr als neun Prozent gesunken. Dieser Trend wird sich fortsetzen: Rückläufige Schulabsolventenzahlen sind nach den KMK-Prognosen bis 2026 zu erwarten. Das Bewerberpotential für die duale Ausbildung wird deshalb weiter schrumpfen. Der Wettbewerb zwischen den Arbeitgebern und zwischen den Bildungsangeboten nimmt daher weiter zu. Unternehmen bekennen sich weiterhin zum Modell der dualen Ausbildung. Die Anzahl der angebotenen Ausbildungsstellen übersteigt die Bewerbernachfrage und verdeutlicht den Fachkräftebedarf der Unternehmen.

### Trend zum Abitur hält an

In der öffentlichen und politischen Diskussion werden die Leistungen von Ausbildungsunternehmen und Berufsschulen häufig nicht hinreichend anerkannt: Diskussionen um Abbruchquoten, vermeintliche Qualitätsmängel oder Nachfrageeinbrüche werden als „Attraktivitätsverlust“ der dualen Ausbildung bewertet, überlagern positive Aussagen und verstärken die demografischen Folgen. Rund 30 Prozent der Azubis mit neu abgeschlossenen Ausbil-

dungsverträgen haben mittlerweile eine Studienberechtigung. Vor einem Jahrzehnt waren es noch etwa 20 Prozent.

### Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen reicht noch nicht aus

Maßnahmen zur beruflichen Orientierung finden in den allgemeinbildenden Schulen insbesondere wegen Corona in nicht ausreichendem Maß statt. Sie fokussierten bislang zu stark auf Präsenzformate und zu wenig auf digitale Lösungen. Der weitgehende Wegfall der Maßnahmen führt zu Verschiebungen der Ausbildungsentscheidungen der Bewerber. So war das Matching von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt im vergangenen Jahr weniger erfolgreich als in früheren Jahren. Zudem haben regionale und berufsbezogene Disparitäten wieder zugenommen.

### Berufsschulen und Betriebe sind enge Partner

Die Berufsschulen sind ein zentraler Partner für die Berufsausbildung und haben in der Corona-Pandemie erhebliche Flexibilität bewiesen. Dennoch verfügen viele berufliche Schulen nicht über eine ausreichende personelle und sachliche sowie infrastrukturelle Ausstattung, die eine moderne Ausbildung braucht. Vor allem im ländlichen Raum wird es immer schwieriger, die Beschulung für alle erforderlichen Ausbildungsberufe aufrecht zu erhalten. Der demografische Trend führt dazu, dass notwendige Klassengrößen unterschritten und durch starre Rahmenvorgaben nicht fortgeführt werden können. Dabei ist und bleibt eine wohnortnahe Beschulung eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche duale Ausbildung. Das bestätigen 65 Prozent der niedersächsischen Betriebe in der IHK-Ausbildungsumfrage 2019.



## **Digitalisierung ist Unternehmen und Auszubildenden wichtig**

Die Qualität der aktuell bereitgestellten digitalen Lernmaterialien an Berufsschulen wird von rund 77 Prozent der niedersächsischen Auszubildenden in der IHKN-Ausbildungsumfrage 2021 mit der Schulnote „vier“ oder schlechter bewertet. Jeder fünfte Azubi verfügt über keinen eigenen Laptop oder PC, gut 20 Prozent fehlt ausreichendes Internet-Datenvolumen. Gleichzeitig dauert es in der Regel lange, bis Fördermittel zur Digitalisierung von den Schulträgern abgerufen und umgesetzt werden.



## **Was zu tun ist**

### **Duale Ausbildung und Berufsschulen stärken**

Duale Ausbildung verdient Wertschätzung und starke Berufsschulen. Sie ist wesentliche Säule der Fachkräftesicherung der Unternehmen in der Region. Wichtig ist deshalb, die Ist-Lehrerausstattung an den Berufsschulen zu verbessern, um die Unterrichtsversorgung Richtung 100 Prozent zu steigern. Erforderlich sind Ausbildungsmöglichkeiten, die ohne Zeitverzug einen zielgerichteten Abschluss im Fokus haben und auch in der Wirtschaft anerkannt sind. Schulformen und -abschlüsse sind dahingehend zu evaluieren. Eine derzeit pandemiebedingte Unterschreitung von notwendigen Klassengrößen darf nicht zur Einstellung der Beschulung von Berufen in der Fläche führen.

### **Wohnortnahe Beschulung sichern**

Ein qualitativ hochwertiges, schnell erreichbares Berufsschulangebot vor Ort ist ein wesentlicher Faktor für die Unternehmen, Fachkräfte zu gewinnen. Beschulungsangebote sollten deshalb möglichst wohnortnah gesichert werden. Die Schulausstattung und der -betrieb sollten flächendeckend den Ansprüchen an eine moderne duale Berufsausbildung genügen. Ein ggf. kommunal angebotenes Azubi-Ticket und vernünftige ÖPNV-Verbindungen zu den Berufsschulstandorten – auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten – können dazu beitragen, Härten abzumildern, wenn ein Vor-Ort-Angebot wirtschaftlich nicht mehr tragfähig ist. Modellprojekte, wie die gemeinsame Beschulung des Kaufmann E-Commerce im Elbe-Weser-Raum, sollten als gute Beispiele für eine schulträgerübergreifende Zusammenarbeit gefördert und ausgebaut werden. Durch nachhaltige Kooperationen kann auch in Flächenregionen die Beschulung gemeinschaftlich sichergestellt werden.

[→ weiter Seite 22](#)



### **Berufliche Orientierung ausweiten**

Schüler müssen in der Lage sein, am Ende ihrer Schulzeit eine begründete, ihren Interessen, Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Berufs- oder Studienwahl zu treffen. Die berufliche Orientierung sollte deshalb an allen Schulformen ausgebaut werden, in enger Kooperation mit externen Partnern zur Abbildung der beruflichen Vielfalt stattfinden und auch die Eltern einbinden. Der fortschreitende „Academic Drift“ hin zur Aufnahme eines Studiums führt zur einer Verstärkung des Fachkräftebedarfs. Die duale Ausbildung muss neben einem Studium als gleichwertige Karrierechance dargestellt und beworben werden. Dabei sind aktuell insbesondere digitale Formate auszubauen. Digitale Tools sollten dabei ohne Vorbehalte eingesetzt werden dürfen, wenn sie den rechtlichen Anforderungen genügen. Die Schulträger und ihre Spitzen sollten das unterstützen, um einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten.

### **Digitales Profil der Berufsschulen schärfen**

Berufsschulische Bildungsangebote sollten moderner, flexibler und digitaler werden. Berufsschüler sollten Unterrichtsstoff am Rechner in der Schule und auch auf mobilen Geräten lernen und vertiefen können. Zugleich sollten neue Lehr- und Lernmethoden als fester Bestandteil des Unterrichts implementiert und digital unterrichtet werden. Förder- und Eigenmittel sollten deshalb vorrangig in der Berufsschule eingesetzt werden. Ein Administrations- und Unterstützungs-Konzept ist unabdingbar. Jede Schule sollte eigene IT-Fachkräfte zur Systemintegration haben, damit Smartboards, Tablets und digitaler Unterricht funktionieren. Bereits durch das Land ausgezeichnete Leuchtturmprojekte, wie etwa der digitale und dezentrale Unterricht „Blended Learning“ der Berufsbildenden Schule in Cadenberge, sollten als Instrument auch in anderen Schulen zur Standortsicherung und schulträgerübergreifenden Kooperation umgesetzt werden. Dieses Modell kann einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Beschulung im ländlichen Raum leisten.

## Das tut unsere IHK

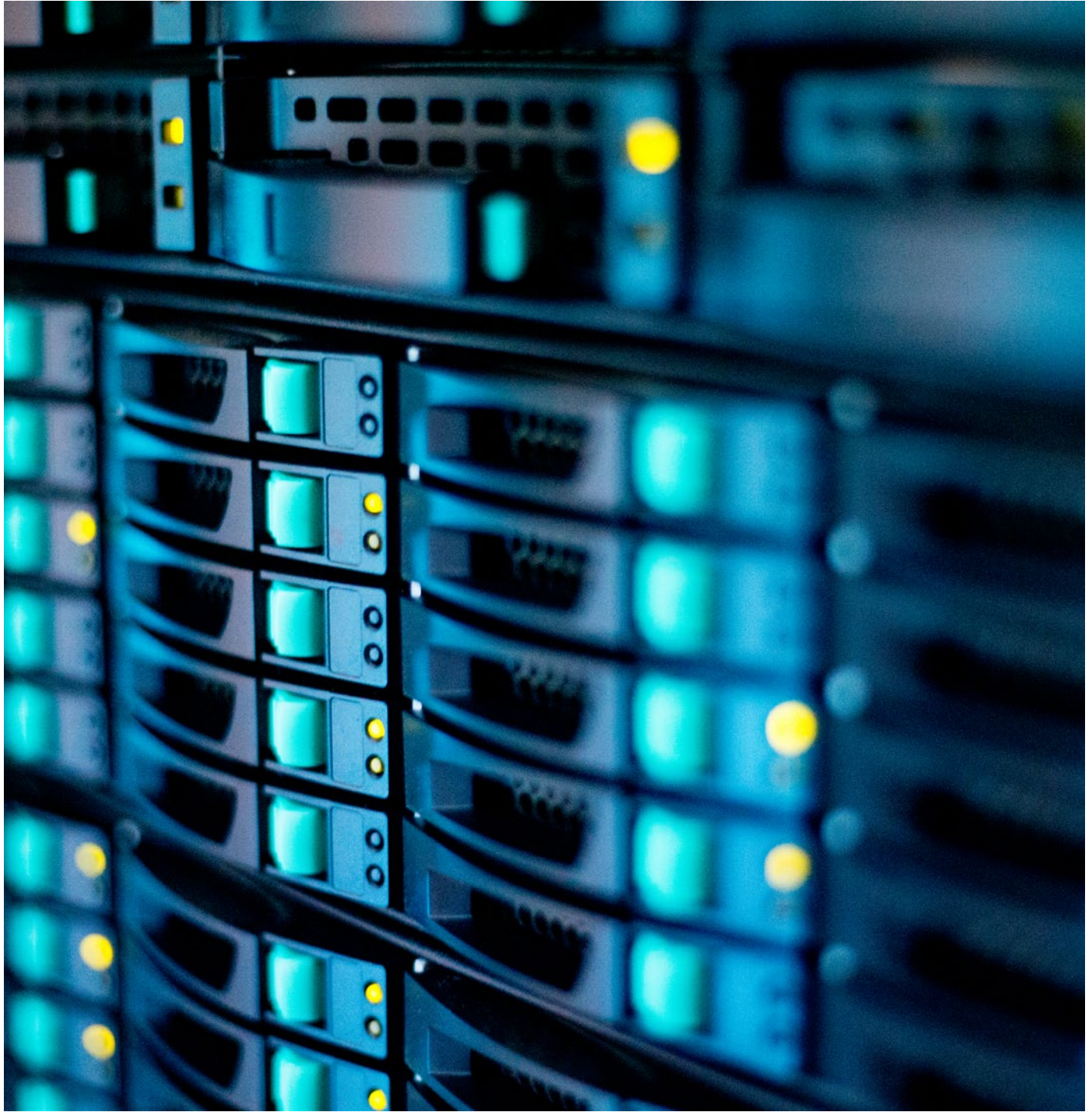
- Wir beraten und informieren unsere Mitgliedsunternehmen und deren Auszubildende.
- Wir unterstützen Betriebe in ihrem Bemühen um eine stetige Erhöhung der Ausbildungsqualität und Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen.
- Wir fördern den Ausbilder- und Fachkräftenachwuchs der Unternehmen durch ein praxisbezogenes, hochwertiges Seminar- und Lehrgangsangebot.
- Wir unterstützen mit fast 1.000 ehrenamtlichen Prüfern und rund 4.500 Ausbildungsprüfungen pro Jahr.
- Wir führen Informationsveranstaltungen, Ausbildungsplatz-Speeddatings und Berufsorientierungsveranstaltungen an Schulen durch, sowohl digital als auch in Präsenz.
- Wir betreiben eine gemeinsame Lehrstellenbörse im Internet: [www.ihk-lehrstellenboerse.de](http://www.ihk-lehrstellenboerse.de)

## Unsere Fragen an die Kommunalpolitiker

- Welche Konzepte zur Sicherung der wohnortnahen Beschulung werden Sie umsetzen? Welche Rolle spielen dabei digitale Angebote?
- Wie wollen Sie die berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen stärken?
- Welchen Ansatz verfolgen Sie, um alle bildungspolitischen Akteure zu vernetzen und Projekte zur schulträgerübergreifenden Zusammenarbeit umzusetzen?
- Welche Unterstützungsangebote und Kooperationsmodelle erwarten Sie durch die IHK Stade? Wie wollen Sie Unternehmen vor Ort einbinden?
- Welche bildungspolitischen Projekte haben für Sie die oberste Priorität?
- Wie wollen Sie das durch die Pandemie noch verstärkte Ungleichgewicht in der Bildung reduzieren? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Lernrückstände aufgeholt werden?







# DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN

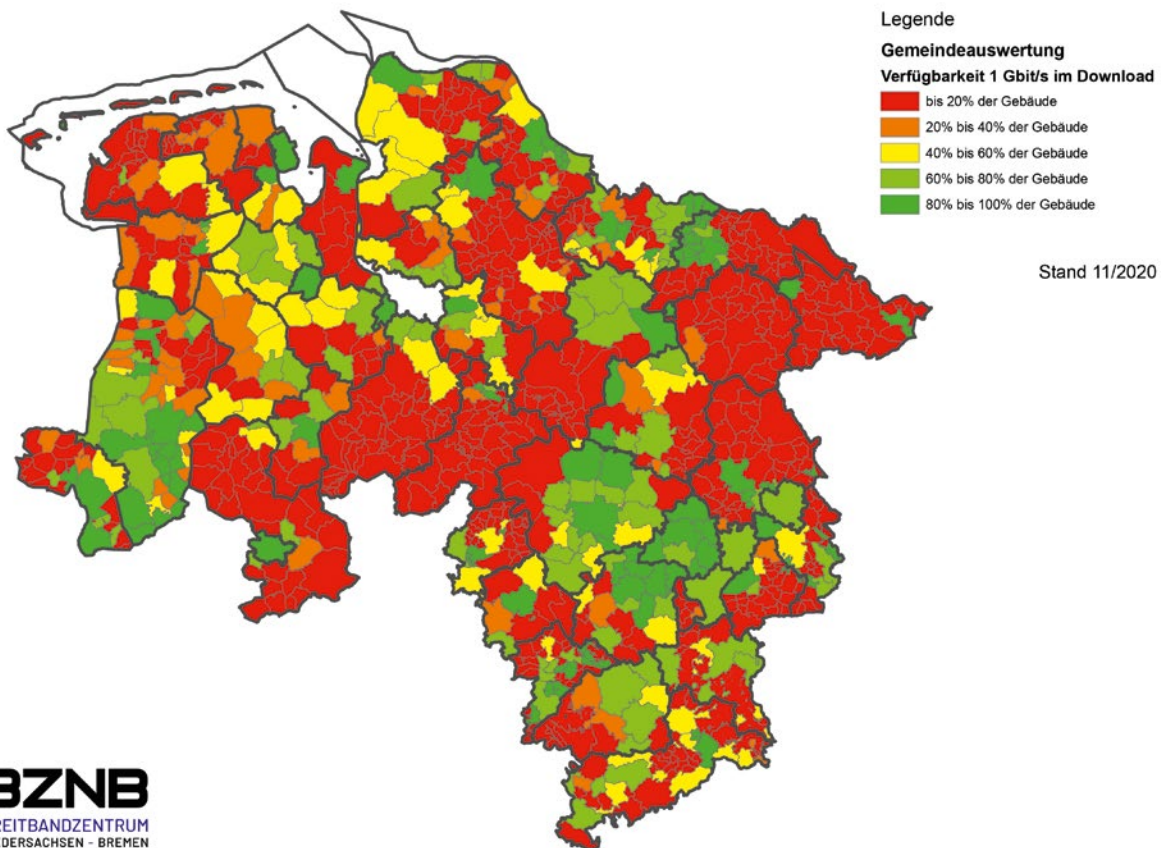
4



# Digitalisierung vorantreiben, Breitbandversorgung ausbauen

Die Digitalisierung prägt alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Sie ist entscheidend für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen sowie unseres Elbe-Weser-Raumes. Sie verändert Prozesse und ermöglicht Innovationen. Digitalisierungs- und Infrastrukturinvestitionen von

Kommunen verbessern die Standortbedingungen von Unternehmen. Neben leistungsfähigen und zuverlässigen Breitband- und Mobilfunkinfrastrukturen betrifft dies vor allem die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung, konkret die kundenorientierte Digitalisierung von Verwaltungsprozessen



## Wie es ist

### Breitbandausbau in Niedersachsen zeigt regionale Unterschiede

Eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur aus Gigabitnetzen und leistungsfähigem Mobilfunk ist eine Voraussetzung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Niedersachsen ist beim Breitbandausbau ein gutes Stück vorangekommen. Nahezu alle Kommunen sind derzeit mit dem Ausbau leistungsfähiger Breitbandnetze befasst. Nach Realisierung der derzeit laufenden Förderprojekte und des eigenwirtschaftlichen Ausbaus werden laut Breitbandzentrum Niedersachsen-Bremen 56 Prozent aller Gebäude in Niedersachsen mit einem Gigabitanschluss versehen, während 23 Prozent aller Gebäude per Fibre-to-the-Building (FTTB) an ein Glasfasernetz angebunden werden (s. Abbildung).

### Mobilfunknetz ist weiterhin lückenhaft

Für die weitere Verdichtung des Mobilfunknetzes hat die Landesregierung ein eigens auf den Ausbau von Mobilfunkmasten ausgerich-

tetes Förderprogramm entworfen, das von den Kommunen umgesetzt werden soll. Darüber hinaus hat das Land eine Bestandserfassung landeseigener Liegenschaften angestoßen und die Kommunen nach geeigneten Standorten gefragt, um diese für die Verdichtung des Netzes zur Verfügung zu stellen. Die Städte und Gemeinden haben bis August 2020 über 230 Standorte gemeldet. Kommunen können außerdem öffentliche WLAN-Hot-Spots in Innenstädten oder in Fahrzeugen des ÖPNV fördern lassen, um die Attraktivität von Innenstädten und öffentlicher Verkehrsmittel zu erhöhen.

### Fehlender Digitalisierungsfortschritt in der Verwaltung

Eine leistungsfähige und serviceorientierte Verwaltung ist im globalen Wettbewerb ein wesentlicher Standortfaktor. Hierzu zählen insbesondere zeitgemäße, digitale Prozesse. Das Potenzial zur Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung wird jedoch noch zu wenig genutzt und verhindert schlimmstenfalls sogar Innovationen. So sind laut einer Kurzumfrage der IHK Niedersachsen aus dem Sommer 2020 unter Industriebetrieben die drei größten Innovationshemmnisse für die Unternehmen:

- Berichts- und Dokumentationspflichten (86 %),
- die Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren (79 %) sowie
- die Effizienz der Behörden, inkl. Bürokratie (76 %).

In vielen dieser Fälle laufen die dahinterliegenden Verwaltungsverfahren bzw. Kontakte zwischen Wirtschaft und Verwaltung noch überwiegend analog ab. Dies führt zu Verzögerungen, hemmt wirtschaftliches Handeln und verteuert Investitionen.



## Was zu tun ist

### **„Graue Flecken“-Förderung jetzt in Angriff nehmen**

Im Jahr 2021 werden Bund und Land ihre Richtlinien für die sogenannte „Graue Flecken“-Förderung für den Breitbandausbau veröffentlichen. Mit dieser Förderung werden vor allem die suburbanen Bereiche ausgebaut, die nicht mehr im städtischen Bereich, aber auch noch nicht in den durch die „Weiße Flecken“-Förderung abgedeckten ländlichen Regionen liegen. Auf dieser Basis kann dann dort gefördert ausgebaut werden, wo Übertragungsraten von bis zu 100 Mbit/s verfügbar sind. Ab 2023 fällt diese Aufgreifschwelle vollständig weg. Die Kommunen sollten begleitend zu den in weiten Teilen noch laufenden Ausbauprojekten in „Weißen Flecken“ die finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen, um möglichst frühzeitig in den Ausbau „Grauer Flecken“ einsteigen zu können.

### **Mobilfunkausbau politisch flankieren und Flächen bereitstellen**

Neben der Verfügbarkeit von Gigabitinfrastrukturen muss auch eine stabile und flächendeckende Versorgung mit hochleistungsfähigem Mobilfunk sichergestellt werden. Dort, wo möglichst kurze Latenzzeiten benötigt werden, ist der vorrangige Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G erforderlich. Dies gilt im Besonderen für Bundesfernstraßen und Industrie-/Gewerbegebiete sowie für die See- und Binnenhäfen. Für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Mobilfunk muss der Ausbau des LTE-Netzes (4G) bis 2021 erfolgreich abgeschlossen werden. Dies beinhaltet eine Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Antennenstandorte. Regionen, in denen auch in Zukunft ein eigen-

wirtschaftlicher Ausbau unrealistisch erscheint, sollten identifiziert und von kommunaler Seite unterstützt werden. Dies kann über die Bereitstellung entsprechender Grundstücke zur Verdichtung des Netzes sowie durch die ggf. geförderte Errichtung von Mobilfunkmasten erfolgen. Darüber hinaus wünscht sich die Wirtschaft politische Rückendeckung für Netzbetreiber, die Investitionsbereitschaft zeigen. Dabei sollten Kommunen für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für den Netzausbau werben.

### **WLAN-Hot-Spots ausbauen**

Die Wirtschaft bewertet die Hot-Spot-Förderung des Landes als einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung und Attraktivitätssteigerung von Innenstädten und Sehenswürdigkeiten. Durch ein kostenloses WLAN-Netz steigt die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und an öffentlichen touristischen Anlaufpunkten können neue Aspekte der Informationsvermittlung entwickelt werden. Gleiches gilt für die Errichtung von WLAN-Zugängen an Haltestellen und Bahnhofsgebäuden sowie in den Fahrzeugen des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Kommunen sollten daher die zur Verfügung stehenden Mittel des Landes nutzen und bei Bedarf mit eigenen Mitteln flankieren.

[→ weiter Seite 28](#)

### Digitale Verwaltungsverfahren erleichtern

Die Digitalisierung muss in den Verwaltungen einen hohen Stellenwert und Sichtbarkeit haben, angefangen bei der technischen Ausstattung. Verwaltungsverfahren sollten durch Digitalisierung beschleunigt werden. Dafür sollten notwendige Antrags-, Genehmigungs- und Zulassungsverfahren sowie Nachweispflichten praxisnah und möglichst vollständig digitalisiert werden. Unternehmensbezogene Verfahren sollten in einem Digitalportal zusammengefasst und auf insgesamt weniger Anlaufstellen konsolidiert werden. In dieser Hinsicht kommt es auf eine zügige Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes an. Eigens benannte Digitalisierungsbeauftragte sollten sich darum kümmern. Gesetzestexte, die eine Digitalisierung erschweren, müssen schnell und unbürokratisch angepasst werden. Digitallotsen könnten Unternehmen den Einstieg in die Digitalisierung und die digitale Zusammenarbeit erleichtern. Mittelfristig sollten sämtliche Verwaltungsvorgänge digital und mobil verfügbar angeboten werden. Die Digitalisierung muss dabei mit einem entsprechenden Schutz von Daten und Systemen einhergehen. Die Kommunen sollten in IT-Sicherheit sowohl in technischer als auch personeller Hinsicht investieren, um gegen die Gefahren von Cybercrime gewappnet zu sein.

### Das tut unsere IHK

- Wir treten im Interesse der Wirtschaft des Elbe-Weser-Raums gegenüber Bund, Land, kommunalen Gebietskörperschaften und Telekommunikationsunternehmen für den Ausbau des Gigabitnetzes und von Hochleistungsmobilfunk (4G/5G) ein.
- Wir setzen uns bei Bund und Land für bedarfsgerechte finanzielle Ressourcen und einfache Förderbedingungen für den Breitbandausbau ein.

- Wir sensibilisieren unsere Mitglieder für das Thema Digitalisierung durch Informationen und Veranstaltungen. Wir beraten und unterstützen sie bei ihren Digitalisierungsinvestitionen und bei Problemen mit der Breitbandanbindung.
- Gemeinsam mit den anderen niedersächsischen IHKs und dem Land haben wir das Förderprogramm „Niedersachsen Digital aufgeladen“ entwickelt, um stationäre Einzelhändler bei der Digitalisierung zu unterstützen.
- Wir entwickeln im Rahmen von IHK Digital bundesweit einheitliche Lösungen für alle IHKs, um eine Einbindung in die Portalstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen zu ermöglichen.

### Unsere Fragen an die Kommunalpolitiker

- Welche Handlungsansätze zur Förderung von Breitbandinfrastruktur sehen Sie?
- Wie wollen Sie eine leistungsstarke Mobilfunkinfrastruktur im ländlichen Raum erreichen?
- Was tun Sie für die gesellschaftliche Akzeptanz des Mobilfunknetzausbaus?
- Welche Konzepte verfolgen Sie, um die Ausstattung von WLAN-Hot-Spots in Innenstädten und im ÖPNV zu intensivieren?
- Wie wollen Sie – neben dem Online-Zugangs-Gesetz – die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben?







# INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

# 5



# Infrastruktur ausbauen, Platz für Wirtschaft schaffen

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine grundlegende Voraussetzung für Ansiedlungs- oder Investitionsentscheidungen. Für Niedersachsen als Logistikkreuzung spielen Erhalt und Ausbau von Straßen, Bahntrassen und Wasserstraßen hier eine zentrale Rolle. Engpässe und ein schlechter Erhaltungszustand stellen bereits heute ein wesentliches

Hemmnis dar. Gleichzeitig sind die Umweltbelastungen des Verkehrs eine zunehmende Herausforderung. Hier sind Lösungen gefragt, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht beeinträchtigen. Zudem müssen Kommunen für ein ausreichendes Flächenangebot für Industrie und Gewerbe sorgen.



## Wie es ist

### Investitionen in den Erhalt des Verkehrsnetzes sind zu gering

In vielen Kommunen wurde in den letzten Jahren auf Kosten der Straßeninfrastruktur gespart. Davon sind Brücken sowohl bei der Straßen- als auch der Schieneninfrastruktur besonders betroffen. Neben der mangelnden finanziellen Ausstattung der Kommunen führt die oftmals zu geringe Personalausstattung in kommunalen Planungsbehörden nicht selten dazu, dass sich dringend notwendige Sanierungen und Ersatzbauten verzögern. Auch die Planung neuer Gewerbegebiete leidet darunter.

### Erreichbarkeit der Innenstädte wird erschwert

Durch verkehrslenkende Maßnahmen wie Durchfahrtsverbote für den gewerblichen Verkehr und Umweltzonen werden der Verkehrsfluss und damit auch die Erreichbarkeit der Innenstädte erschwert.

### Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen stößt auf Widerstände

Die Industrie ist mit ihrer hohen Wertschöpfung und ihrem großen Arbeitsplatzangebot das Fundament des Wohlstands der Region. Sie benötigt mehr noch als andere Branchen umfangreiche Flächen, um sich zu erweitern oder um Neuansiedlungen zu ermöglichen. Aber auch viele andere Branchen sind auf ausreichend bemessene Gewerbegebiete für Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben angewiesen. In vielen Kommunen sind diese Flächen nicht ausreichend verfügbar. Zudem leiden Ansiedlungsvorhaben – wie auch Infrastrukturprojekte – häufig an Akzeptanzproblemen vor Ort. In Politik und Gesellschaft fehlt es zunehmend an Verständnis für die Bedürfnisse der Unternehmen, insbesondere der Industrie. Dies trägt dazu bei, dass Planverfahren viele Jahre dauern und damit wichtige Projekte erheblich verzögert oder überhaupt nicht realisiert werden.

### Ausbau der Erneuerbaren Energien schwächelt

Der Schutz des Klimas ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Das Erreichen der Klimaschutzziele setzt das Gelingen der Energiewende voraus. Die Bundesregierung bekräftigte in der EEG-Novelle ihr Ziel, den Stromverbrauch im Jahr 2030 zu 65 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu decken. Das erfordert Investitionen in den Ausbau regenerativer Energien. Während der Ausbau der Photovoltaik-Kapazitäten rasch voranschreitet, schwächelt der Ausbau der Windenergie. Zwar ist Niedersachsen im Bundesvergleich weiterhin Spitzenreiter bei der installierten Nennleistung von Windenergieanlagen an Land. Dennoch sinkt die Anzahl der Neuinstallationen von Jahr zu Jahr. Gleichzeitig fallen weitere Windenergieanlagen aus der Förderung und werden abgebaut. Dadurch sinkt der Nettozubau erheblich. Zudem kommt der Ausbau des Stromnetzes, insbesondere der 380kV-Leitungen, nur stockend voran.





## Was zu tun ist

### **Verkehrsinfrastruktur sanieren und ausbauen**

Kommunen sollten Infrastrukturmaßnahmen, u. a. unter Zuhilfenahme regelmäßiger Bestandsuntersuchungen und Verkehrsentwicklungspläne, langfristig planen. Dabei sollte auch der Bedarf an überregionalen Verkehrsangeboten – etwa von Bahntrassen, der Bundesautobahnen A 20 sowie A 26 oder des Flughafens Nordholz/Cuxhaven – mit berücksichtigt werden. Ebenso sind Nebenstraßen, Nebenbahnen sowie Gleisanschlüsse wichtige Bestandteile einer leistungsstarken Infrastruktur. Um die Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht zu sanieren und auszubauen, müssen ausreichend finanzielle Mittel in den Kommunalhaushalten bereitgestellt werden. Bundes- und Landesfördermittel (GVFG) können dabei zur Sanierung kommunaler Verkehrsinfrastruktur beitragen. Die Kommunen müssen zudem mit einer ausreichenden Personalausstattung in ihren Planungs- und Genehmigungsbehörden die Voraussetzungen schaffen. Sie sollten außerdem durch die Digitalisierung der Prozesse die Verfahren beschleunigen. Dazu können auch moderne Vergabe- und Bauverfahren beitragen. Ein besonderes Augenmerk sollte auf Ersatzneubauten kommunaler Brücken liegen.

### **Erreichbarkeit gewährleisten**

Für Handel und Gewerbe ist eine durchgängig gute Erreichbarkeit für Mitarbeiter und Kunden von großer Bedeutung. Durch intelligente Verkehrslenkung und vorausschauendes Baustellenmanagement – bei überregionalen Maßnahmen auch in Absprache mit anderen Gebietskörperschaften und Landes- oder Bundesbehörden – können Verkehrsbehinderungen und Staus vermieden werden. Die Transformation zu umweltfreundlichen Verkehrssystemen sollte primär über techno-

logische Lösungen erfolgen und nicht über Verbote oder Beschränkungen. Ortsumfahrungen können die von Staus belasteten Innenstadtbereiche vom Durchgangsverkehr entlasten. Aufgrund der zu erwartenden Zunahme an Paket- und Sendungsmengen sollten die Kommunen zudem gemeinsam mit Transportunternehmen und Handel auf die Bündelung von Lieferverkehren oder alternative Fahrzeugkonzepte (z. B. Belieferung durch Lastenfahrräder von Mikro-Depots bzw. Logistik Hubs auf der letzten Meile) hinarbeiten. Die Kommunen können Handel und Logistik dabei mit digitalem Liefer- und Erreichbarkeitsmanagement unterstützen.

### **Neue Mobilität ermöglichen**

Wenn mehr Menschen vom Auto auf den ÖPNV umsteigen sollen, muss dieser attraktiver werden. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten für moderne Bezahlssysteme, Echtzeit-Fahrplanauskünfte oder die Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern. Moderne Busse und Bahnen mit neuen Antriebsformen wie E-Fuels, Wasserstoff, Strom oder Gas steigern die Attraktivität und entlasten die Umwelt. Zudem sind die Ausweitung des ÖPNV in den ländlichen Räumen sowie die Ausstattung von Bussen, Bahnen, Haltestellen und Bahnhöfen mit WLAN unerlässlich. Neue Mobilitätskonzepte wie Ride-Pooling, Car- oder Bikesharing, sollten ebenso in den ländlichen Räumen etabliert werden wie E-Ladesäulen. Zudem sollten die Kommunen die Reaktivierung von Bahnstrecken und Haltestellen für den Schienenpersonenverkehr (SPNV) befördern. Nicht zuletzt sind die Kommunen gefordert, im Hinblick auf das vernetzte und autonome Fahren Investitionen in die digitale Infrastruktur (5G, WLAN) einzuplanen und flächendeckend Mindeststandards zu gewährleisten.

[→ weiter Seite 32](#)



### **Zusätzliche Industrie- und Gewerbeflächen entwickeln**

Neben der Entwicklung von Wohnbauflächen sollten Kommunen auch zusätzliche Industrie- und Gewerbeflächen schaffen. Es ist wichtig, dass die Politik hierfür in einem ebenso sachlichen wie transparenten Dialog mit den Bürgern wirbt. Industrielle Brachflächen sollten prioritär auf eine Neunutzung als Industrie- bzw. Gewerbefläche überprüft werden. Zur Sicherstellung einer langfristigen Entwicklung sollten wichtige Flächen bereits auf der Ebene der Flächennutzungsplanung und der regionalen Raumordnungsprogramme (RROP) gesichert werden. Eine derartige Vorratsplanung bietet den Kommunen den Vorteil, schneller auf spontane Anfragen reagieren zu können. Um Nutzungskonflikte zu vermeiden, muss das Heranrücken von Wohngebieten an bestehende Gewerbegebiete durch ausreichende Abstände planerisch vermieden werden. Dort wo ausreichende Abstände notwendig sind, können „Gewerbeschutzgebiete“ eingeführt werden.

### **Interkommunale Kooperationen ausbauen**

In vielen Kommunen, vor allem in den Ballungsräumen, sind Flächen nur sehr begrenzt verfügbar. Andere Kommunen haben hingegen sehr marktfähige Flächenpotenziale. Eine mögliche Lösung sind Stadt-Umland-Kooperationen. Interkommunale Potenziale für z. B. Gewerbegebiete sollten Kommunen deshalb prüfen und ggf. fördern.

### **Vermittlung zwischen Unternehmen und Einwohnern**

Vermeehrt gründen sich gerade bei Großprojekten Bürgerbeteiligungen oder Bürgerforen. Hier treffen Wirtschaft und Bevölkerung aufeinander, die unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen: Unternehmen, die schnelle wirtschaftsnahe Entscheidungen sowie Umsetzungen einfordern und die Bevölkerung, die Mitsprache und Mitgestaltung auch außerhalb formeller Planungsverfahren beansprucht und häufig auf eine Beibehaltung des Status quo besteht. Eine gute Wirtschaftsförderung sollte Mittler zwischen diesen beiden divergierenden Interessen sein und zügig Lösungswege aufzeigen.

### **Akzeptanz für die Energiewende steigern**

Um die Ziele der Energiewende zu erreichen, sollten insbesondere die Windenergie weiter ausgebaut und der Netzausbau von Hochspannungsleitungen fortgeführt werden. Beide Maßnahmen dürfen nicht an fehlender Akzeptanz scheitern. Daher sollte das Thema transparent kommuniziert werden. Bedenken der Bürger sollte durch gezielte Informationsangebote begegnet werden. Die Beteiligung der Standort- und Nachbargemeinden an der Wertschöpfung eines Windparks kann zur Akzeptanzsteigerung beitragen. Die Gemeinden können den Windenergieausbau zudem unterstützen, indem sie von ihrem Recht zur planerischen Gestaltung Gebrauch machen und die Errichtung von Windenergieanlagen mit ihrer Siedlungsentwicklung in Einklang bringen.

## Das tut unsere IHK

- Wir setzen uns gegenüber Kommunen, Land, Bund und EU für die Planungsbeschleunigung von Infrastrukturprojekten ein.
- Wir nehmen Stellung zu Gesetzesvorhaben und Planfeststellungsverfahren und vertreten auch im Rahmen von Raumordnungs- und Bauleitplanungsverfahren die Belange der Wirtschaft.
- Wir führen regionale Veranstaltungen zu verkehrs-, industrie- und umweltpolitischen Themen durch.
- Wir setzen uns für ein volkswirtschaftlich vertretbares Gelingen der Energiewende ein.

## Unsere Fragen an die Kommunalpolitiker

- Was bedeutet für Sie der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur?
- Welche Konzepte verfolgen Sie, um die Erreichbarkeit von Handel und Gewerbe sicherzustellen?
- Was planen Sie, um neue Formen der Mobilität zu unterstützen?
- Welche Überlegungen haben Sie, um interkommunale Kooperationen auszubauen?
- Welche Konzepte verfolgen Sie, um die Akzeptanz für die Energiewende zu steigern?
- Wie sind Ihre Vorstellungen zur Entwicklung zusätzlicher Industrie- und Gewerbeflächen?
- Welche Strategie verfolgen Sie, um Nutzungskonflikte zwischen Wohn- und Gewerbegebieten zu vermeiden?







INNENSTÄDTE STÄRKEN

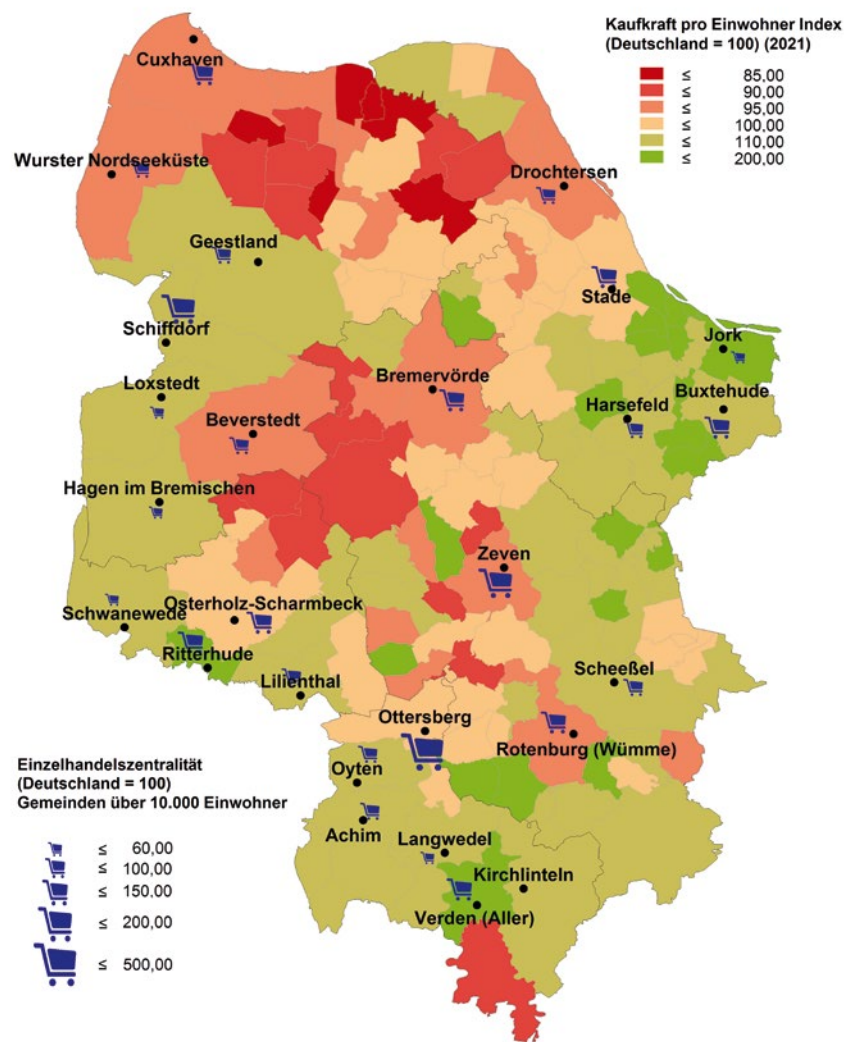
6



# Innenstädte stärken, Nutzungsvielfalt bewahren

Gute Erreichbarkeit, attraktive, lebendige Innenstädte und Ortskerne sowie eine für Besucher und Einwohner gleichermaßen ansprechende touristische Infrastruktur sind wichtige Standortfaktoren für die Kommunen im EL-

be-Weser-Raum. Insbesondere nach Corona gilt es, die Innenstädte und Ortszentren als multifunktionale Wirtschaftsstandorte und als Mittelpunkte gesellschaftlichen Lebens zu erhalten und weiterzuentwickeln.



Datengrundlage: GfK Geomarketing, Michael Bauer Research GmbH 2021

## Wie es ist

### Strukturwandel schreitet voran

Der demografische Wandel, geändertes Verbraucherverhalten, Nachfolgeprobleme sowie die zunehmende Verlagerung von Handel und Dienstleistungen in den E-Commerce befördern den Strukturwandel im Elbe-Weser-Raum. Dieser macht sich in einigen Gemeinden bereits in dem Wegfall von Angeboten des Einzelhandels sowie von öffentlichen und privaten Dienstleistungen (Post- oder Bankfilialen) bemerkbar. Die Vielfalt schwindet, Leerstände und Brachflächen entstehen. Das Raumordnungsziel, Versorgungsstrukturen in allen Teilen des Landes gleichwertig vorzuhalten, kann an vielen Orten nicht (mehr) erfüllt werden. Einige Grundzentren können nicht einmal mehr ihren Auftrag einer gesicherten Nahversorgung leisten.

### Corona beschleunigt Funktionsverluste der Innenstädte und Ortszentren

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die oben beschriebenen Strukturveränderungen beschleunigt. Im Ökosystem „Innenstadt“, das von Handel, Gastronomie/Dienstleistungen sowie Kultur/Tourismus geprägt ist, hat dies bereits deutlich sichtbare Spuren hinterlassen. Ohne lebendige Innenstädte und Ortskerne sind Standorte auch in ihrer Attraktivität für Unternehmen und Fachkräfte gleichermaßen gefährdet.

### Planungs- und Förderinstrumente erhöhen Standortqualität

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Kommunen haben sich klassische Planungsinstrumente bewährt. Zudem setzen Städtebaufördermittel wichtige Impulse, die sich positiv auf das Erscheinungsbild und damit die Attraktivität, aber auch die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfestigkeit einer

Kommune auswirken können. Viele Städte und Gemeinden im Elbe-Weser-Raum haben in der Vergangenheit von umfangreichen Maßnahmen der Städtebauförderung profitieren können, wie zum Beispiel Cuxhaven, Stade oder Harsefeld. Allerdings wird noch wenig in Nutzergruppen- und themenübergreifende Marketing- oder Entwicklungskonzepte investiert und bestehende Förderrichtlinien der herkömmlichen Städtebauförderung greifen insbesondere für kurzfristige Maßnahmen einer attraktiven Stadtentwicklung oftmals nicht. Das vom Land vorgesehene Corona-Zentrenprogramm über 117 Mio. Euro ist in dem Zusammenhang ein wichtiger Schritt und kann dazu beitragen, Innenstädte und Ortskerne als Wirtschaftsstandorte zu erhalten. Mit dem Niedersächsischen Quartiersgesetz (NQG) zur Einrichtung von „Business Improvement Districts“ (BIDs) bieten sich zudem weitere Möglichkeiten für die Attraktivitätssteigerung und die Zukunftsfestigkeit unserer Innenstädte und Ortskerne.

### Von Trends im Tourismus profitieren

Urlaub "vor der eigenen Haustür" erfreut sich nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie steigender Beliebtheit. Von diesem Trend kann auch der Elbe-Weser-Raum seit einigen Jahren stetig profitieren. Dabei sind jedoch die regionalen Gegebenheiten höchst unterschiedlich: Während einige Regionen - vor allem in unmittelbarer Nähe zur Nordsee und Elbe - von einer hohen touristischen Nachfrage profitieren, werden andere Regionen - so zum Beispiel auf Geschäftsreisende ausgerichtete Hotels in Autobahnnähe - stärker von einem veränderten Reiseverhalten in Folge der Corona-Pandemie betroffen sein. Hier gilt es gegenzusteuern.





## Was zu tun ist

### **Versorgungsstrukturen mit Handel und Dienstleistungen flächendeckend sichern**

Die Kommunen haben die Standortqualität und Attraktivität vor Ort zu sichern. Dafür ist eine flächendeckende Versorgung mit Handel und Dienstleistungen sowie gastronomischen und kulturellen Angeboten zu gewährleisten. Um insbesondere das vorhandene Versorgungsangebot in kleineren Orten sicherzustellen, sollte die Genehmigung neuer großflächiger Einzelhandelsprojekte so gehandhabt werden, dass die Versorgungsstrukturen andernorts nicht gefährdet werden. Für die örtliche Bauleitplanung und die Genehmigung von Einzelhandelsvorhaben sollten daher Einzelhandelskonzepte aufgestellt, regelmäßig evaluiert und angewendet werden. Prioritär sollten die Kommunen dabei eine Entwicklung in den integrierten Lagen voranbringen. Großflächige Leerstände des Einzelhandels außerhalb der Zentren, zum Beispiel ehemalige Baumärkte, müssen nicht notwendigerweise mit Handel nachbelegt, sondern können einer anderen gewerblichen Nutzung (z.B. als Logistikstandort) zugeführt werden.

### **Innenstädte und Zentren zu multifunktionalen Räumen entwickeln**

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels in den Innenstädten und Ortszentren sind die Kommunen gefordert, maßgeschneiderte Lösungsansätze zu erarbeiten. Dabei sollten Politik, Verwaltung, Unternehmen, Standortgemeinschaften sowie die lokalen Immobilieneigentümern an einem „Runden Tisch“ zusammenwirken. Neben dem Einzelhandel und der Gastronomie als klassische Leitfunktionen sind auch neue Nutzungen und kreative Geschäftsmodelle aus der Dienstleistungswirtschaft sowie dem Kultur- und Freizeitsektor in den Fußgängerzonen mitzudenken. Das gilt auch für den Einsatz von „smarten“ Anwendungen in der Wirtschaft, im öffentlichen Raum oder der kommunalen Infrastruktur. Branchen- und nutzungsübergreifende „Zentren-Entwicklungskonzepte“ und der Einsatz von sog. Zentren- oder City-Managern, wie beispielsweise in Stade, können dabei neue Perspektiven eröffnen.

→ *weiter Seite 40*



### **Geschäftsflächen proaktiv managen**

Kommunen sollten ein aktives Geschäftsflächenmanagement betreiben, das nicht nur die Vermarktung leerstehender Geschäftsflächen umfasst, sondern zugleich als Instrument zur Verbesserung des Branchenmixes in den Innenstädten und Ortskernen dient und Leerständen bereits im Vorfeld entgegenwirkt. Ansiedlungsinteressierten Unternehmen bietet es als erste Anlaufstelle einen Gesamtüberblick über verfügbare Flächenpotenziale und erleichtert die Kontaktaufnahme zu Eigentümern und Immobilienwirtschaft vor Ort. Außerdem können temporäre Zwischennutzungen (z.B. für kulturelle Initiativen oder für Pop-Up-Stores wie in Verdens Modellprojekt der „Probierstadt“) koordiniert werden. In diesem Zusammenhang bietet es sich an, digitale Immobilien- und Gewerbeflächenbörsen aufzubauen oder sich an bestehende anzudocken.

### **Förderprogramme (weiter-)entwickeln**

Wenn Zentren zukünftig neu gedacht werden, so sollten die entsprechenden Förderprogramme allerdings mitziehen. Die Bundes-Städtebauförderung ist für viele Kommunen gerade im ländlich geprägten Elbe-Weser-Dreieck nicht attraktiv genug, um zügig und passgenau niedrigschwellige Maßnahmen zu unterstützen. Zur Erhöhung des Abrufs sollte daher auf eine Vereinfachung der Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie einer Flexibilisierung der Verwendungsmöglichkeiten bei Bund und Land hingewirkt werden. Die Kommunen können dies unterstützen, indem die Förderkulisse um eigene Programme ergänzt wird, die zum einen kurzfristige Aufwertungsmaßnahmen als auch alternative Ansätze für langfristig wirkende Maßnahmen ermöglichen. Als gute Beispiele dafür sind der Zukunftsfonds Innenstadt der Stadt Verden oder das kommunale Förderprogramm der Stadt Otterndorf für Unternehmensgründer zu nennen.

### **Chancen der neuen BIDs nutzen**

Die Kommunen im Elbe-Weser-Raum sollten die Einrichtung von „Business Improvement Districts“ (BIDs) im gemeinsamen Gespräch mit den örtlichen Unternehmen und Standortgemeinschaften prüfen. Diese können zur städtebaulich gestalterischen Aufwertung und Funktionsstärkung von Quartieren beitragen und so neue Impulse für Innenstädte und Ortskerne, Stadtteilzentren sowie Gewerbe- und Wohnquartiere setzen. Die im Zuge des Niedersächsischen Quartiersgesetzes vorerst einmalig eingestellte Finanzierung über 400.000 Euro für die Initialphase von BIDs sollte auch für die Folgejahre vorgesehen werden, um das Instrument erfolgreich in der Fläche zu etablieren.

### **Digitalisierung als Chance begreifen**

Corona hat den Unternehmen aus Handel, Dienstleistungswirtschaft, Gastronomie, Tourismus und Veranstaltungswirtschaft gezeigt, wie wichtig es ist, ein zusätzliches digitales Standbein zu entwickeln. Digitale Kompetenz wird in vielen Fällen auch künftig unerlässlich sein. Land und Kommunen sollten daher eine entsprechende Aufklärungsarbeit fördern, digitales Knowhow zur Verfügung stellen und digitale Prozesse für die Beschleunigung von wirtschaftsbezogenen Verfahren vorantreiben. Eine gezielte Hilfe durch „Digitallotsen“ könnte vielen Unternehmen und Standortgemeinschaften den Einstieg in die Digitalisierung erleichtern. Um digitale Potenziale für die Stadt- und Ortskerne zu heben, sind außerdem eine gute Mobilfunkverbindung und freies WLAN für Kunden und Besucher eine wichtige Voraussetzung

## Touristische Infrastruktur weiterentwickeln

Um zielgerichtet neue Gästegruppen ansprechen zu können, müssen die Marketinganstrengungen auf der Ebene der Landkreise und auch in den Kommunen weiterhin ausgebaut werden. Dies muss in koordinierter Abstimmung mit der Tourismusmarketing Niedersachsen (TMN) und anderen touristischen Akteuren geschehen.

Investitionen in die touristische Infrastruktur kommen auch den Bürgern vor Ort im Sinne des sogenannten Lebensraumkonzeptes zugute. Daher sollte eine Balance zwischen Gästelerlebnis und Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger einer Destination gefunden werden. Entsprechend ist die Verkehrsinfrastruktur insbesondere in den touristischen Regionen an den Besucherzahlen und nicht nur an den Einwohnerzahlen auszurichten. Bei der Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur sind auch innovative ÖPNV-Angebote gefragt, um die wachsende Zielgruppe von Gästen, für die ein nachhaltiges Urlaubserlebnis besonders bedeutsam ist, noch besser ansprechen zu können. Auch das Thema Besucherlenkung, etwa auf stark frequentierten Wanderwegen oder im Bereich der Nordseestrände im Cuxland, sollte weiterentwickelt werden. Dabei können die jetzt im Zuge der Corona-Pandemie erzielten Fortschritte bei der Digitalisierung, zum Beispiel durch den Einsatz von Apps in den Destinationen, genutzt werden. Ein Hauptaugenmerk liegt weiterhin auf einer Erweiterung der Saisonzeiten, die im Elbe-Weser-Raum bislang vor allem auf die sommerliche Hauptsaison fokussiert sind.



## Das tut unsere IHK

- Wir sind als Träger öffentlicher Belange u.a. bei der Aufstellung von Bauleitplanungen und übergeordneten Raumordnungsverfahren beteiligt. Wir bewerten großflächige Einzelhandelsvorhaben nach raumordnerischer und städtebaulicher Verträglichkeit.
- Wir führen regionale Veranstaltungen zur Professionalisierung des Stadtmarketings durch, zum Beispiel das IHK-Forum Stadtmarketing oder den Zertifikatslehrgang „Citymanager/Quartiersmanager (IHK)“. Außerdem bieten wir den Gewerbevereinen mit dem jährlichen „Tag der Gewerbevereine“ eine Plattform für Austausch und Information.
- Wir beraten und unterstützen bei der Entwicklung informeller Planungs- und Standortförderinstrumente (Einzelhandelskonzepte, Regionale Entwicklungskonzepte, Tourismuskonzepte, ISEKs, Stadt- und Citymarketing, Leerstandsmanagement, BIDs).
- Wir setzen uns zu (innen)stadtrelevanten Themen auf landes- und bundespolitischer Ebene ein, so zuletzt zum Niedersächsischen Ladenöffnungs- und Verkaufszeitengesetz (NLöffVZG) oder dem Niedersächsischen Quartiersgesetz (NQG).
- Wir machen Politik und Ministerien darauf aufmerksam, welche Förderprogramme Wirtschaft und Innenstädte benötigen und konnten u.a. so das niedersächsische Corona-Zentren-Förderprogramm sowie das Landes-Förderprogramm zur Digitalisierung des Einzelhandels „Niedersachsen Digital aufgeladen“ initiieren.
- Wir initiieren und sind Partner landesweiter Programme oder Aktionen zur Stärkung von Einkaufsstandorten, wie z. B. beim Landeswettbewerb „Gemeinsam aktiv – Handel(n) vor Ort“ oder bei der IHK-Kampagne „Heimat shoppen“.
- Wir setzen uns für ein für ein modernes Destinationsmanagement, z.B. durch die Gründung der Tourismusagentur Nordsee (TANO).



**Heimat  
shoppen**

## Unsere Fragen an die Kommunalpolitiker

- Wir fördern die gezielte Ansprache von neuen Zielgruppen, u.a. durch Weiterbildungsangebote für internationale Gäste im Rahmen der Metropolregion Hamburg oder das innovative Weiterbildungsformat „6 x 60 Minuten“.
- Wir bringen uns aktiv in Netzwerke und Institutionen, wie die Tourismuswirtschaftsgemeinschaft Cuxhaven (TWG), ein, um die Zusammenarbeit im Tourismus auszubauen.
- Wir treten dafür ein, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Tourismusbranche sichtbar wird, z.B. durch Kamingespräche mit Politik und Verwaltung.
- Welche Handlungsansätze und Initiativen zur Förderung und Sicherung der Innenstädte als attraktive Wirtschaftsstandorte sehen Sie?
- Welche Funktionen – zusätzlich zum Einzelhandel – sollten die Innenstädte zukünftig aus Ihrer Sicht verstärkt wahrnehmen?
- Welche Bedeutung nimmt für Sie eine attraktive und lebendige Innenstadt- bzw. Ortszentrum ein? Welche Fördermittel und Unterstützungsmöglichkeiten werden durch die Kommune dafür bereits zur Verfügung gestellt?
- Unterstützen Sie die Möglichkeit der Umsetzung privater Initiativen zur Aufwertung des öffentlichen Raumes durch „Business Improvement Districts“?
- Welche Überlegungen haben Sie zu einer zukunftsorientierten Entwicklung des Tourismus in der Region? Wie würden Sie die Angebote bündeln?
- Was tun Sie, um das innerstädtische Gewerbe stärker mit dem Tourismus zu koppeln?
- Wo muss Ihrer Meinung nach die touristische Infrastruktur erweitert werden?





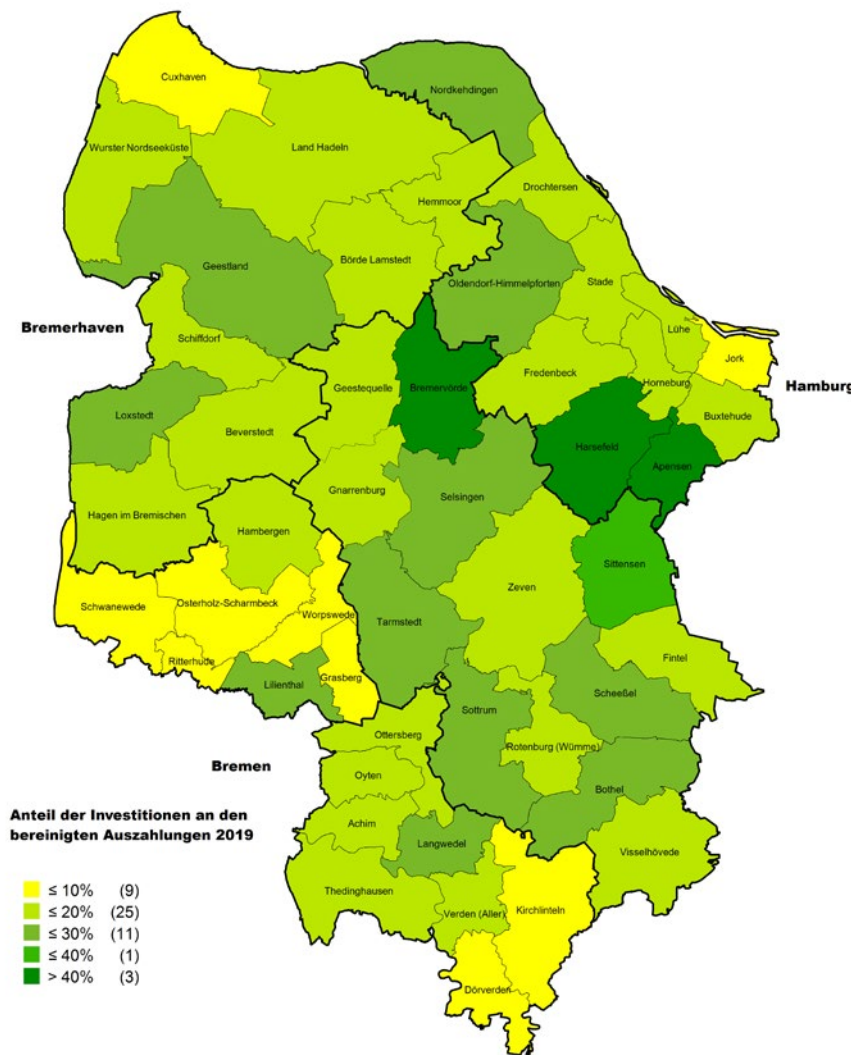
# START-UP-KULTUR FÖRDERN

7

# Bürokratieabbau vorantreiben, Start-up-Kultur fördern

Unternehmen benötigen gute Standortbedingungen und schnelle, unbürokratische Entscheidungen der Verwaltung, um wettbewerbsfähig zu sein und Innovationen voranzutreiben. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Effizienzsteigerungen auf allen Ebenen – auch auf der

kommunalen Ebene – möglich sind, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Eine strategisch angelegte Förderung der Wirtschaft trägt dazu bei, die verschiedenen Zielgruppen im Blick zu haben und an den Standort zu binden.



stengrundlage: GfK GeoMarketing, LSN, eigene Bearbeitung

## Wie es ist

### Kommunale Zukunftsinvestitionen sind zu gering

Die Kommune trägt vor allem durch gute Rahmenbedingungen dazu bei, dass die Wirtschaft vor Ort florieren kann. Wirtschaftsnahe Investitionen – etwa in den Ausbau und die Sanierung von Straßen, die Ortskernentwicklung oder die Entwicklung neuer Industrie- und Gewerbeflächen sowie deren Breitbandanbindung – sind dafür wichtige Voraussetzungen. In den Kommunen ist allerdings seit Jahren ein deutlicher Rückgang der Investitionen zu verzeichnen. Der Investitionsstau beläuft sich laut KfW-Kommunalpanel mittlerweile auf 147 Mrd. Euro in Niedersachsen und zeigt sich an den Investitionsquoten im kommunalen Bereich (s. Abbildung). Der Anteil der Sachinvestitionen an den bereinigten Gesamtausgaben liegt niedersachsenweit aktuell bei rund 14 Prozent – und damit deutlich niedriger als in den 1990er-Jahren.

### Neue EU-Förderperiode startet

Neben der Vermarktung von Gewerbeflächen liegt ein Schwerpunkt der kommunalen Wirtschaftsförderung in der Beratung und Betreuung von ansässigen Unternehmern und Investitionswilligen. Dabei geht es vielfach um die Akquisition von Fördermitteln. Hier stehen in Niedersachsen in der EU-Förderperiode 2021–2027 mit rund 2,4 Milliarden Euro in etwa so viel zur Verfügung wie in der vorangegangenen Förderperiode. Das Land Niedersachsen verfolgt einen Multifonds-Ansatz und verbindet dabei die Fördergegenstände aus der EFRE- und der ESF-Förderung. Damit sollen Synergien erzielt und die zur Verfügung stehenden Mittel auf Kernziele wie Innovationsförderung, Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Sicherung des Fachkräftebedarfs konzentriert werden.

### Bürokratie hemmt Wachstum

Staatlich verordnete Bürokratie bindet in vielfacher Hinsicht personelle und finanzielle Ressourcen in den Betrieben. Sie ist damit ein erheblicher Kostenfaktor und verlangsamt Wachstum, Innovation und Beschäftigung – auch und gerade auf kommunaler Ebene. Betroffen sind grundsätzlich alle vor Ort ansässigen Unternehmen. Vor allem für kleine und mittlere Betriebe bedeuten Bürokratielasten und -kosten oftmals schwer handhabbare Hürden für die notwendige Weiterentwicklung des Unternehmens. Dennoch liegt vielen politischen Entscheidungen vor Ort keine systematische Bürokratiekostenfolgeschätzung zu Grunde, die Auswirkungen auf die Betriebe werden in der Regel nicht erfasst und kommuniziert. Zudem nehmen die Betriebe die Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunen im Sinne einer „Es-geht“-Haltung unterschiedlich wahr.

### Die Zahl der Gründung ist zuletzt weiter gesunken

Der Saldo zwischen Unternehmensgründungen und -abmeldungen ist nach wie vor positiv. Allerdings war die Anzahl der Gewerbeanmeldungen in vielen Regionen Niedersachsens jahrelang eher rückläufig. Dabei kann der strukturelle Wandel nur dann erfolgreich sein, wenn in den Regionen stetig neue Ideen und Produkte entwickelt werden. Hierfür sind Gründer und Start-ups essenziell, denn sie sind innovativ, kreativ und bringen häufig digitale Produkte auf den Markt. Diese Innovationstreiber benötigen besondere Standortvoraussetzungen.



## Was zu tun ist

### **Investitionen in den Standort nicht vernachlässigen**

Investitionen sichern die Zukunftsfähigkeit eines Standortes. Daher dürfen die Folgen der Corona-Pandemie nicht zu einem weiteren Sinken der Investitionsquoten in den kommunalen Haushalten führen. Im Gegenteil sollten Kommunen ihre Investitionen in wirtschaftsfördernde Projekte zu Lasten rein konsumtiver Ausgaben erhöhen. Mittelfristig sollte ein Investitionsanteil von deutlich über zehn Prozent angestrebt werden.

### **Kooperationen zwischen Kommunen stärken**

Die Kommunen unterliegen den Geboten von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Parallelarbeit und Doppelstrukturen müssen insofern vermieden und stattdessen strategische Kooperationen geschlossen werden. Chancen bietet u.a. die Zusammenarbeit in den Metropolregionen oder Wachstumsregionen, in denen Projekte von Kommunen unterschiedlicher Größe gemeinsam und oftmals länderübergreifend durchgeführt werden können.

### **„Mittelstands-Clearing“ zum Bürokratieabbau etablieren**

Gerade nach der Corona-Pandemie wird die Wirtschaft mehr denn je auf schnelles, unkompliziertes Verwaltungshandeln angewiesen sein, um zu alter Stärke zu gelangen. Die kommunalen Verantwortungsträger sollten daher die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren vorantreiben. Sie sollten zudem bei der Schaffung eigener Rechtsvorschriften (z. B. bei der kommunalen Bauleitplanung) und bei deren späterer Anwendung im Einzelfall stets nicht über die Vorgaben von EU, Bund oder Land hinausgehen, die Belange der Unternehmenspraxis im Blick behalten und vorhandene Ermessensspielräume für unbürokratische Lösungen zu nutzen.

Vor dem Beschluss oder dem Erlass eigener kommunaler Rechtsvorschriften sollte grundsätzlich eine systematische Kostenfolgeschätzung im Sinne eines Mittelstands-Clearings durchgeführt werden. Dabei sollte die regionale Wirtschaft gehört und über das Ergebnis informiert werden. Die Kommunen sollten zudem daraufhin wirken, in den Verwaltungen eine wirtschaftsfreundliche „Es-geht-Mentalität“ zu etablieren.

### **Öffentliche Verwaltung digitalisieren**

Eine stärkere Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen hilft Unternehmen und Kommunen, Zeit und Geld zu sparen. Die Kommunalpolitik muss sich im Schulterschluss mit dem Land auch an der zügigen Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) beteiligen.

### **Gründungen und Start-ups fördern**

In den Kommunen ist eine noch gründerfreundlichere Grundstimmung notwendig. Die Kommunen sollten mit gerade auch auf diese Zielgruppe zugeschnittenen günstigen Flächen- und Raumangeboten dafür sorgen, dass Gründer gute Bedingungen vorfinden. Ein perfekter Ort für Ansiedlungen insbesondere für Start-ups und junge, innovative Unternehmen sind Innovations- und Gründerzentren. Deren Aufbau ist eine langfristige Zukunftsinvestition, die innovative Unternehmen anziehen und die regionale Wirtschaftsstruktur, auch durch eine verstärkte Einbindung bereits bestehender kleiner und mittlerer Unternehmen, stärken kann.



## Das tut unsere IHK

- Wir analysieren Standortfaktoren, führen Unternehmensumfragen durch und informieren Wirtschaftsförderer, u.a. über (kartenbasierte) Online-Statistikinformationen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Antragstellung und Abwicklung von Förderprojekten etwa von NBank, NBB oder KfW möglichst praxisnah und unbürokratisch ermöglicht werden.
- Wir vermitteln Unternehmen einen Überblick über öffentliche Förderprogramme.
- Wir unterstützen Unternehmensgründungen sowie -nachfolgen mit Leitfäden, Einzelberatungen, Seminaren, Sprechtagen sowie einer kostenlosen Unternehmensbörse.
- Wir loben gemeinsam mit den Partnern des Stader Gründungsnetzwerks jährlich den Gründerpreis der Stader Region (Gründerstar) aus.

## Unsere Fragen an die Kommunalpolitiker

- Wie wollen Sie konkret Planungs-, Zulassungs- und Genehmigungsverfahren effizienter und wirtschaftsfreundlicher gestalten?
- Wie wollen Sie für eine stärkere und schnellere Verfügbarkeit digitaler Lösungen bei Verwaltungsverfahren sorgen?
- Durch welche Maßnahmen wollen Sie interkommunale und überregionale Kooperationen befördern?
- Wie wollen Sie Unternehmensgründungen und Start-Ups vor Ort ermutigen und auf ihrem Weg unterstützen?





# FINANZSITUATION DER KOMMUNEN

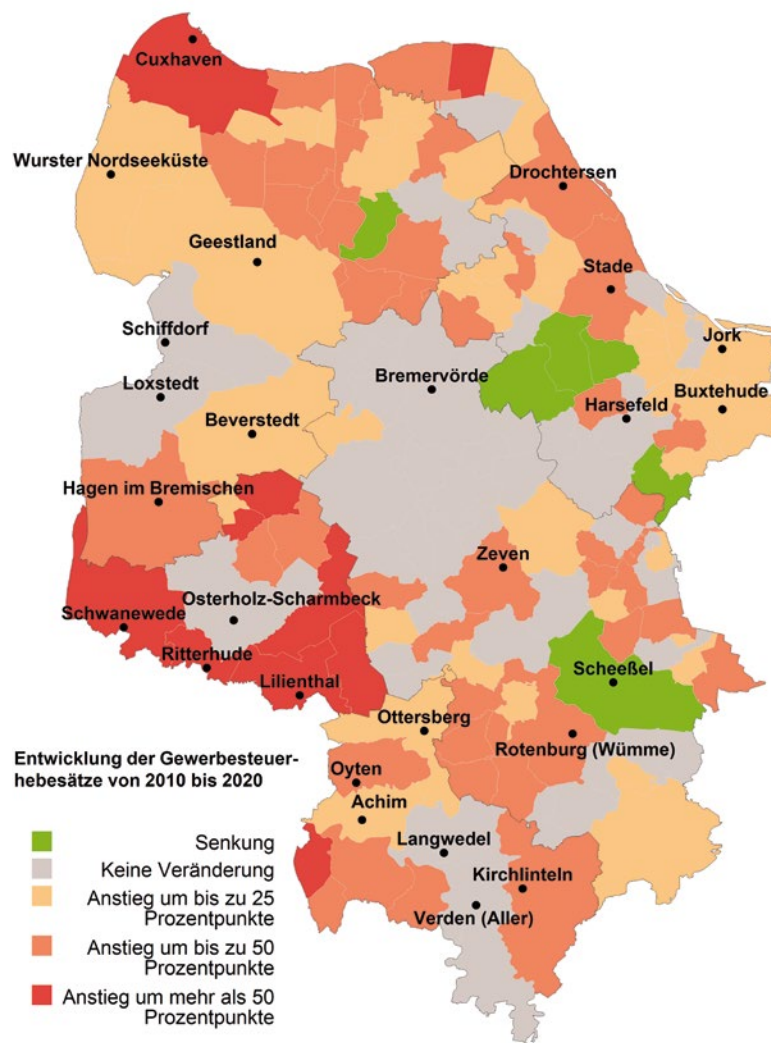




# Kommunal Finanzen solide aufstellen, Steuererhöhungen vermeiden

Ein starker Wirtschaftsstandort Niedersachsen braucht finanziell handlungsfähige Kommunen. Durch die Corona-Pandemie sind die Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften deutlich zurückgegangen. Bund und Land haben 2020 schnell reagiert und den Kommunen Mittel zur Verfügung gestellt, damit sie handlungsfähig bleiben. Darüber hinaus ist eine Konsolidierungsstrategie erforderlich, die

keinesfalls nur die Einnahmenseite in den Blick nehmen sollte. Gerade die regional tätigen Unternehmen werden noch über einen längeren Zeitraum mit den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu kämpfen haben. Steuererhöhungen, auch bei Grund- oder Gewerbesteuern, belasten die Betriebe und sind deswegen kontraproduktiv.



## Wie es ist

### Gewerbesteuereinnahmen schwanken stark

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste kommunale Einnahmequelle. Im Jahr 2019 belief sich das Aufkommen niedersachsenweit auf netto (nach Umlage) rund 3,7 Milliarden Euro, knapp 20 Prozent mehr als im Jahr 2014. Die Corona-Pandemie führt allerdings zu deutlichen Einnahmerückgängen im laufenden und den kommenden Jahren. Ohnehin erschweren die mit der Konjunktur stark schwankenden Gewerbesteuereinnahmen eine verlässliche Haushaltsplanung in den Kommunen.

### Hebesätze steigen kontinuierlich an

Trotz stetig steigenden Steuereinnahmen wurden in den niedersächsischen Städten und Gemeinden in den vergangenen Jahren im breiten Ausmaß die Gewerbesteuerhebesätze erhöht. Seit dem Jahr 2010 haben durchschnittlich 140 Kommunen pro Jahr den Gewerbesteuerhebesatz heraufgesetzt, also rund jede siebte Kommune. Dadurch ist der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz in diesem Zeitraum um 26 Prozentpunkte auf 407 Prozent im Jahr 2018 angestiegen – doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt. Die kontinuierliche Steuererhöhungsdynamik hat zur Folge, dass der Anteil der Kommunen mit einem hohen Hebesatz von 400 Prozent und mehr stetig zunimmt. Ab dieser Höhe ist eine Anrechnung auf die veranlagte Einkommensteuer nicht mehr vollständig möglich.

### Kommunaler Finanzausgleich des Landes setzt Fehlanreize

Eine wichtige Ursache für den kontinuierlichen Anstieg der Gewerbesteuerhebesätze sind – neben dem Wunsch örtlicher Politiker nach steuerlichen Zusatzeinnahmen sowie Haushaltssicherungskonzepten in den Kommunen – falsche Anreize im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Dieser koppelt die Höhe der Finanzausgleichszuweisungen des Landes an

die Steuerkraft der jeweiligen Gemeinde. Dabei werden nicht die tatsächlichen Steuereinnahmen zugrunde gelegt, sondern die Einnahmen, die sich aufgrund von fiktiven Hebesätzen (Nivellierungssätze auf Basis von landesweiten Durchschnittswerten) ergeben würden. Diese Systematik schafft einen Automatismus in Richtung Steuererhöhungen und sorgt damit für falsche Anreize.

### Grundsteuer steht vor Reformierung

Die Grundsteuer ist nach dem Gemeindeanteil an der Einkommen- und der Gewerbesteuer die dritt wichtigste kommunale Steuer. In Niedersachsen belief sich das Aufkommen im Jahr 2019 auf rund 1,4 Mrd. Euro. Durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist der Gesetzgeber aufgerufen, die Einheitsbewertung von Grundvermögen zur Berechnung der Grundsteuer neu zu regeln. Das wird Auswirkungen auf die Steuer- und Bürokratiebelastung der Unternehmen haben. Das Land Niedersachsen hat sich auf ein im Vergleich zum Modell des Bundes vergleichsweise bürokratiearmes Modell verständigt.

### Verschuldung der Kommunen viel zu hoch

Ende 2019 betrug die Verschuldung der kommunalen Kernhaushalte aus Investitions- und Liquiditätskrediten 12,2 Milliarden Euro. Im Vergleichsjahr 2014 lag dieser Wert bei rund 12,3 Milliarden Euro. Das zeigt, dass der Schuldenabbau nach wie vor nur schleppend vorankommt. Positiv ist allerdings zu vermerken, dass der Anteil der Kassenkredite in diesem Zeitraum deutlich zurückgegangen ist. Von den 13 Flächenländern belegte Niedersachsen hinsichtlich der Verschuldung je Einwohner Rang acht.





## Was zu tun ist

### **Kommunen müssen Steuererhöhungen vermeiden**

Durch Steuererhöhungen sind standortgebundene und -treue Unternehmen im Nachteil. Neuansiedlungen von Unternehmen werden erschwert. Daher sollten Hebesatzserhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuer vermieden werden. Vor einer Erhöhung sollten alle Alternativen, insbesondere auf der Ausgabe Seite, geprüft werden.

### **Aufgabenkritik hilft bei Haushaltskonsolidierung**

Der Abbau von Haushaltsdefiziten und Schulden sollte nicht ausschließlich über die Steuereinnahmen erfolgen. Vielmehr sollten alle kommunalen Aufgaben und Ausgaben, auch der Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen, ständig kritisch auch auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit hin überprüft werden. Das gilt ebenso für die Angemessenheit der kommunalen Gebühren und Abgaben. Bei allen Pflichtleistungen sollten Ermessensspielräume konsequent für Einsparungen genutzt werden. Darüber hinaus muss der Katalog der Pflichtleistungen sinnvoll angepasst werden. Für den Tourismusbereich wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass in anderen Bundesländern die Tourismusförderung keine freiwillige Leistung der Kommunen darstellt. Dies ist ein Nachteil für die niedersächsischen Tourismusstandorte.

### **Gewerbesteuerreformen auf Bundes- und Landesebene unterstützen**

Im Zusammenhang mit einer dringend notwendigen Reform des Unternehmenssteuerrechts sollte auch die Gewerbesteuer überarbeitet werden. Diese stark konjunkturabhängige und damit stark schwankende Einnahmequelle sollte durch eine gewinnabhängige Kommunalsteuer mit Hebesatzrecht ersetzt werden. Dabei sollten nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern alle in einer Kommune wirtschaftlich Tätigen einbezogen werden. Flankierend könnten die Gemeindeanteile an der Einkommen- oder Umsatzsteuer erhöht werden, um die stabilen Anteile an den Einnahmen abzusichern. Zudem sollten sich die Kommunen für eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs einsetzen, um den Steuererhöhungsautomatismus zu bremsen.

### **Grundsteuerreform darf nicht zu Zusatzlasten führen**

Die Wirtschaft erwartet zeitnah ein praktikables, bürokratiearmes und im Ergebnis aufkommensneutrales Grundsteuermodell. Diese Neuregelung und Umsetzung sollten im Interesse der standorttreuen Unternehmen erfolgen. Das niedersächsische Modell sieht weiter eine Hebesatzautonomie für die Kommunen vor, eine Reform darf daher nicht zu versteckten Steuererhöhungen vor Ort führen.



## Das tut unsere IHK

- Wir veröffentlichen jährlich den Realsteueratlas mit den aktuellen Realsteuerhebesätzen in Niedersachsen.
- Wir erarbeiten zusammen mit anderen IHKs den IHK-Gewerbesteuerrechner und sorgen damit für Transparenz.
- Wir nehmen Stellung gegenüber den Kommunen zur Steuer- und Haushaltspolitik sowie gegenüber dem Gesetzgeber, z.B. zu Reformen bei der Grund- und Gewerbesteuer.
- Wir setzen uns für einfache Besteuerungsverfahren ein, wie zum Beispiel erfolgreich bei der Grundsteuerreform.
- Wir beraten Unternehmen zu grundlegenden Fragen der Grund- und Gewerbesteuer und informieren zu Gesetzgebungsverfahren.

## Unsere Fragen an die Kommunalpolitiker

- Was tun Sie für eine unternehmensfreundliche Besteuerung in Ihrer Kommune?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frisch- und Abwasserentgelte sowie die Abfallgebühren in unserer Region weiterhin unterhalb des Landesdurchschnitts liegen?
- Was tun Sie, um in Ihrer Kommune Einsparpotenziale umzusetzen?
- Planen Sie, kommunale Schulden abzubauen?
- Welche finanzpolitischen Maßnahmen ergreifen Sie, um Ihre Kommune für die Ansiedlung von Unternehmen attraktiver zu machen?
- Was werden Sie konkret tun, um in Ihrer Kommune den Gewerbesteuerhebesatz nicht weiter zu erhöhen?





## Unsere Forderungen auf einen Blick



Am 12. September 2021 findet die Kommunalwahl in Niedersachsen statt. Die neuen kommunalen Vertretungen stehen vor großen Herausforderungen. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie wurden die Defizite in der Digitalisierung aufgezeigt. Hinzu kommt, dass fehlende Fachkräfte und Gewerbeflächen, bürokratische Belastungen sowie sanierungs- und ausbaubedürftige Verkehrswege wirtschaftliche Tätigkeiten im Elbe-Weser-Raum erschweren.

Die Höhe der Gewerbesteuerhebesätze, Investitionen in digitale und analoge Infrastruktur oder die Standortattraktivität sowie die Bildungsmöglichkeiten vor Ort – all dies sind Faktoren, die die Kommunen beeinflussen können und auch müssen. Denn sie haben weitreichende Folgen für das Wohlergehen unserer Region. Gesucht sind deshalb zukunftsweisende Lösungen, die für eine weiterhin positive Entwicklung der Wirtschaft im Elbe-Weser-Raum sorgen, gepaart mit entschlossenem Handeln der politischen Akteure.

## 1. Neustart nach Corona beherzt angehen

- Staatliches Engagement nach der Krise wieder zurückführen
- Kommunale Handlungsfähigkeit sichern
- Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Innovationen verstärken
- Corona-Hilfen für die Wirtschaft fortsetzen

## 2. Fach- und Führungskräfte sichern, Arbeitsmarktpotenziale ausschöpfen

- Standortattraktivität der Kommunen fördern und kommunizieren
- Wohnortnahe und bedarfsorientierte Kinderbetreuung sicherstellen
- Migrant\*innen in Ausbildung und Beschäftigung bringen

## 3. Duale Ausbildung stärken, digitale Bildung voranbringen

- Duale Ausbildung und Berufsschulen stärken
- Wohnortnahe Beschulung sichern
- Berufliche Orientierung ausweiten
- Digitales Profil der Berufsschulen schärfen

## 4. Digitalisierung vorantreiben, Breitbandversorgung ausbauen

- „Graue Flecken“-Förderung jetzt in Angriff nehmen
- Mobilfunkausbau politisch flankieren und Flächen bereitstellen
- WLAN-Hot-Spots ausbauen
- Digitale Verwaltungsverfahren erleichtern

## 5. Infrastruktur ausbauen, Platz für Wirtschaft schaffen

- Verkehrsinfrastruktur sanieren und ausbauen
- Erreichbarkeit gewährleisten
- Neue Mobilität ermöglichen

- Zusätzliche Industrie- und Gewerbeflächen entwickeln
- Interkommunale Kooperationen ausbauen
- Vermittlung zwischen Unternehmen und Einwohnern
- Akzeptanz für die Energiewende steigern

## 6. Innenstädte stärken, Nutzungsvielfalt bewahren

- Versorgungsstrukturen mit Handel und Dienstleistungen flächendeckend sichern
- Innenstädte und Zentren zu multifunktionalen Räumen entwickeln
- Geschäftsflächen proaktiv managen
- Förderprogramme (weiter-)entwickeln
- Chancen der neuen BIDs nutzen
- Digitalisierung als Chance begreifen
- Touristische Infrastruktur weiterentwickeln

## 7. Bürokratieabbau vorantreiben, Start-up-Kultur fördern

- Investitionen in den Standort nicht vernachlässigen
- Kooperationen zwischen Kommunen stärken
- „Mittelstands-Clearing“ zum Bürokratieabbau etablieren
- Öffentliche Verwaltung digitalisieren
- Gründungen und Start-ups fördern

## 8. Kommunalfinanzen solide aufstellen, Steuererhöhungen vermeiden

- Kommunen müssen Steuererhöhungen vermeiden
- Aufgabenkritik hilft bei Haushaltskonsolidierung
- Gewerbesteuerreformen auf Bundes- und Landesebene unterstützen
- Grundsteuerreform darf nicht zu Zusatzlasten führen



## Impressum

Herausgeber: IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum  
Am Schäferstieg 2 | 21680 Stade  
Telefon: 04141/524-0, Fax 04141/524-111  
E-Mail: info@stade.ihk.de  
Internet: www.stade.ihk24.de

Gestaltung: werbe.art.kontor, Anja-D. Schacht-Kremsier

Fotos: Titel: @gettyimages/eakgrunge, @gettyimages/Horst Gerlach,  
@gettyimages/Ridofranz

Innenteil: @gettyimages/cinoby (Seite 4), IHK Stade/Michael Hensel (Seite 5), @gettyimages/andriano\_cz (Seite 6), IHK Stade (Seite 7), @gettyimages/andres (Seite 8), @gettyimages/Emir Memedovski (Seite 10), @gettyimages/Antonio\_Diaz (Seite 12), Anja-Dorothee Schacht (Seite 16), @gettyimages/fatCamera (Seite 17), @gettyimages/golero (Seite 17), @gettyimages/AndreyPopov (Seite 18), @gettyimages/Narongrit Sritana (Seite 21), @gettyimages/monkeybusinessimages (Seite 22), @gettyimages/Prostock-Studio (Seite 22), @gettyimages/stockfour (Seite 23), @gettyimages/CarsasaGuru (Seite 24) @gettyimages/fg trade (Seite 26), @gettyimages/FG Trade (Seite 29), @gettyimages/franckreporter (Seite 30), Data/Maps: Copyright 2016 Geofabrik GmbH and openStreetMap Contributors (Lizenz: CC BY-SA 2.0, <https://creativecommons.org/licenses-by-sa/2.0/>) (Seite 31), @gettyimages/Markus Wegemann (Seite 32), @gettyimages/roman023 (Seite 34), @gettyimages/elxeneize (Seite 34), @gettyimages/wakila (Seite 35), Frank Pusch/Bildarchiv der Stadt Verden (Seite 36), @gettyimages/kolesnikovserg (Seite 38), @gettyimages/ah\_fotobox (Seite 39), @gettyimages/Vladimir Vladimirov (Seite 39), @gettyimages/querbeet (Seite 41), @gettyimages/pixelfit (Seite 42), @Ulrike Abeldt (Seite 42), @gettyimages/Atstock Productions (Seite 44), @gettyimages/Dean Mitchell (Seite 46), @gettyimages/webphotographeer (Seite 49), @gettyimages/Zerbor (Seite 49), @gettyimages/anyaberkut (Seite 49), @gettyimages/shironosov (Seite 50), @gettyimages/floortje (Seite 52), @gettyimages/Austin Meurer (Seite 53), @gettyimages/Pheelings Media (Seite 53), @gettyimages/fg trade (Seite 55), @gettyimages/piyaset (Seite 55), @gettyimages/alvarez (Seite 55), @gettyimages/shironosov (Seite 56), HK Stade (Seite 59)

Auflage: 1. Auflage, Online- & Print-Publikation  
Stand: Juli 2021



IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum  
Am Schäferstieg 2 | 21680 Stade  
Telefon: 04141/524-0, Fax 04141/524-111  
E-Mail: [info@stade.ihk.de](mailto:info@stade.ihk.de)  
Internet: [www.stade.ihk24.de](http://www.stade.ihk24.de)

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Stade:  
Henrik Gerken  
Volkswirtschaft, Industrie und Wirtschaftspolitik  
Tel.: 04141/524-285 | Fax: 04141/524-113  
E-Mail: [henrik.gerken@stade.ihk.de](mailto:henrik.gerken@stade.ihk.de)



Industrie- und Handelskammer  
Stade für den Elbe-Weser-Raum